

Das Werden der Europäischen Union und die Verantwortung der Katholiken



Kommission der Bischofskonferenzen der Europäischen Gemeinschaft

DAS WERDEN DER
EUROPÄISCHEN UNION
UND DIE
VERANTWORTUNG DER KATHOLIKEN

Hinweis für die Leser	3
Vorwort	5
Einleitung	7
Erster Teil: Die Erklärung von Robert Schuman, neu gelesen: ein Beitrag zu einer christlichen Sicht der Europäischen Union	16
Zweiter Teil: Eine andere Geschichte Europas	29
Dritter Teil: Wie können die Katholiken zum Aufbau Europas beitragen?	41
Schluss	60
Anhang: Die Erklärung von Robert Schuman	63



Hinweis für die Leser

Der vorliegende Text wurde auf Ersuchen der Bischöfe der COMECE erarbeitet. Er ist von einer Gruppe von Theologen und Philosophen verfasst, die aus mehreren europäischen Ländern stammen; verantwortlich war Mgr Hippolyte Simon, Erzbischof von Clermont (Frankreich) und Zweiter Vizepräsident der COMECE. Dieser Text hat also nicht den Rang der offiziellen Texte der Kirche; anders als etwa das nachsynodale Apostolische Schreiben „Ecclesia in Europa“ ist er nicht als lehramtliche Äußerung zu betrachten.

Er will nicht mehr sein als eine Einladung zur Reflexion über das Werden der Europäischen Union im Kontext der Jahre 2004/2005, in denen die Europäische Union auf nunmehr 25 Mitglieder angewachsen ist. In einer vorläufigen Fassung sind die folgenden Überlegungen im Juni 2003 veröffentlicht worden. Anschließend wurden sie auf Anregung verschiedener Lesergruppen diskutiert und erweitert. Und schließlich wurden sie noch einmal überarbeitet unter Einbeziehung der Ergebnisse des von der COMECE organisierten theologischen Kongresses vom April 2004 in Santiago de Compostela.

Dieser Text wendet sich in erster Linie an die Bürger, die sich als Katholiken verstehen, aber er kann auch als Grundlage für den Dialog mit allen Christen in der Union sein. Alle möchte er einladen, ihre Verantwortung im Entwicklungsprozess der Europäischen Union wahrzunehmen. Zugleich aber richtet er sich an jeden Menschen, der wissen will, wie Katholiken über ihre Verantwortung im Zuge der europäischen Integration denken können. Die Lektüre steht also allen offen.

Es ist ein Text mit pädagogischer Zielrichtung, den man in Gruppen- oder Teamarbeit im Rahmen einer Pfarrgemeinde, einer Bewegung oder einer Universität diskutieren sollte. Es geht nicht darum, dass ihn die

Leserinnen und Leser, so wie er ist, billigen oder kritisieren. Sie sollten ihn vielmehr als Ausgangspunkt, als Entwurf oder als Hilfe für ihre eigene Arbeit nehmen, um zu einer persönlichen Reflexion über ihr Engagement für das im Werden begriffene Europa zu kommen.

Vorwort

Wirkt das christliche Erbe unseres Kontinents im europäischen Einigungsprozeß weiter fort? Kann das aus einer theologischen Perspektive anhand von Schlüsselmomenten der jüngeren Geschichte Europas überprüft werden? Welche moralischen Anforderungen ergeben sich daraus für das Wirken der Katholiken in der Europäischen Union und Europa, im Dialog untereinander, mit anderen europäischen Bürgern und mit den EU-Institutionen? Was bedeutet das politische Zusammenwachsen Europas für die Gestalt unserer Kirche?

Mit diesem sehr besonderen Fragenkomplex befaßt sich der vorliegende Text, den die Bischöfe der COMECE in einer für die katholische Kirche wie für die Europäische Union bewegenden Zeit veröffentlichten. Der Text " Das Werden der Europäischen Union und die Verantwortung der Katholiken " fällt aber nicht nur deshalb aus dem Rahmen.

Er befaßt sich nicht mit einem Einzelaspekt der europäischen Politik, auf den die Bischöfe der COMECE mit Nachdruck reagieren möchten, wie das in der Vergangenheit immer wieder geschehen ist. Es handelt sich auch nicht um den Versuch einer lehramtlichen Interpretation und Würdigung des Werdens der Europäischen Union. Vielmehr ist dieser Text eine Abhandlung in theologischen Absicht, um den europäischen Einigungsprozeß, der die politische Entwicklung unseres Kontinents seit fünf Jahrzehnten trotz mancher Krisen wesentlich und dauerhaft geprägt hat, aus einem spezifisch christlichen Blickwinkel zu verstehen. Darin scheint mir seine besondere Bedeutung zu liegen.

Dieser jetzt vorliegende erste Schritt für eine theologischen Deutung dieses für Europa und die ganze Welt nachhaltig bedeutsamen politi-

schen Prozesses hat sich uns im Laufe der vergangenen Jahre als zwingend notwendig und ausgesprochen anspruchsvoll zugleich erwiesen.

Voller Freude und Genugtuung möchte ich deshalb meinen aufrichtigen Dank aussprechen. Er gebührt in erster Linie dem Vizepräsidenten der COMECE und Erzbischof von Clermont Hippolyte Simon. Zusammen mit einer Gruppe von theologischen Beratern aus allen Teilen Europas hat er die Hauptlast bei der Vorbereitung dieses Textes und eines Vorläuferdokuments getragen, das unter dem Titel "Das Herz weit machen" Gegenstand einer erfolgreichen Konsultation war. Gedankt sei deshalb auch all jenen Gruppen und Einzelpersonen, die durch ihre Beiträge und Kommentare die jetzt vorliegende Fassung möglich gemacht haben.

Ich verbinde meinen Dank indessen mit der herzlichen Bitte an die Katholiken in Europa, an die Christen anderer Kirchen und an alle Interessierten, uns auf dem Weg, den wir mit diesem ersten Schritt begonnen haben, nicht allein zu lassen. Es ist meine tiefe Überzeugung, dass das Lesen, Bedenken und Besprechen dieses Textes ein Weg ist, um Europa einen Dienst zu erweisen.

*Bischof Josef Homeyer,
Präsident der COMECE
und Bischof em. von Hildesheim*

Einleitung

1. **Wenn zehn neue Staaten**, von denen acht sich erst vor kurzer Zeit aus dem einstigen Sowjetreich gelöst haben, nunmehr **der Europäischen Union beigetreten sind**, so ist dies ein wichtiges historisches Ereignis, dessen Konsequenzen noch bei weitem nicht absehbar sind. Dennoch können wir diesen **1. Mai 2004** schon jetzt als einen jener Meilensteine betrachten, von denen die Päpste Paul VI. und Johannes Paul II. gesprochen haben¹ und die den Weg der Völker zu ihrer Einheit markieren.

Das Ereignis ist höchst bedeutsam. Es steht für die endgültige Aufhebung der Teilung Europas in zwei feindliche Lager, und wer sich auch nur in etwa an die Ängste des Kalten Kriegs erinnert, auf den wirkt es wie eine Verheißung besserer Zeiten. Zum ersten Mal seit dem Krieg von 1914–1918 eröffnet es – wie wir zumindest hoffen dürfen – allen Völkern Europas die erste wirkliche Aussicht auf einen dauerhaften Frieden auf ihrem Kontinent.

2. Angesichts der Bedeutung und Tragweite eines solchen Ereignisses wäre ein Begeisterungssturm in allen Ländern zu erwarten gewesen. Stattdessen stellen wir erstaunt fest, dass die neuen Beitritte nur relativ zurückhaltend begrüßt wurden. Es stimmt zwar, dass der Fall der Berliner Mauer im November 1989 von einem allgemeinen Freudenausbruch begleitet wurde. Es stimmt auch, dass die direkt beteiligten Völker ihren Willen zum Eintritt in die Europäische Union in den vorausgegangenen Volksbefragungen unzweideutig bekundet haben. Dennoch können wir uns angesichts der Bedeutung

¹ Vgl. die Botschaft von Papst Paul VI. an den Europarat vom 26. Januar 1977 sowie die Botschaften von Papst Johannes Pauls II. anlässlich des Angelus am Sonntag, dem 31. Oktober 1999, und am 27. Januar 2002.

dieses Ereignisses und all der Verheißungen, die damit verbunden sind, des Eindrucks nicht erwehren, dass sich die Akteure und die Zeitgenossen dieser Beitritte noch nicht wirklich bewusst gemacht haben, worum es dabei geht und was auf dem Spiel steht.

3. Diese relative Zurückhaltung ist erklärlich. Bei einem friedlichen und gewaltfreien Ereignis ist es im Grunde genommen ziemlich normal, dass die beteiligten Akteure seine volle Bedeutsamkeit nicht wahrnehmen. Mit dem Frieden ist es wie mit der Gesundheit: Beide sind Güter, deren Notwendigkeit man erst wahrnimmt, wenn sie fehlen. In der übrigen Zeit denkt man kaum an sie. Die Mehrheit der Bürger der Europäischen Union ist sich des Privilegs, das wir genießen, zweifellos nicht bewusst. Wir sind nämlich die erste Generation, die keinen Krieg auf westeuropäischem Boden erlebt hat. Und das ist ein unbezahlbares Privileg! Deshalb sollten sich alle Bürger der Union aufgefordert sehen, zu ihren eigenen augenblicklichen Sorgen ein wenig auf Abstand zu gehen, damit sie in der Lage sind, all das wirklich zu würdigen, was sie dem europäischen Aufbauprozess verdanken.

4. Bei näherer Betrachtung können wir noch eine zweite Beobachtung machen: Es lässt sich ein klarer Unterschied in der Wortwahl feststellen, mit der das Ereignis qualifiziert wurde.

Seitens der fünfzehn schon zusammengeschlossenen Länder wird gern von der *Erweiterung der Europäischen Union* gesprochen. In den neuen Mitgliedsstaaten dagegen spricht man eher von der *Wiedervereinigung Europas*. Dieser Unterschied im Vokabular muss unsere Aufmerksamkeit auf sich ziehen, denn er reicht tiefer, als es zunächst den Anschein hat.

Für die fünfzehn Länder, die schon vor dem 1. Mai 2004 zur Europäischen Union gehörten, stellt der Beitritt von zehn neuen Staaten an sich keine große Umwälzung dar. Er entspricht der Logik des bereits Bestehenden. Man braucht nur die Tragödien des 20.

Jahrhunderts für einen Augenblick zu vergessen – und glückliche Völker werden schnell vergesslich –, und die Erweiterung der Europäischen Union erscheint als Selbstverständlichkeit. Schließlich ist es doch wohl offensichtlich, dass Warschau, Prag, Vilnius oder Budapest genauso europäische Städte sind wie London, Berlin, Paris, Madrid oder Rom. Also ist es ganz normal, dass sie nun auch bei allen Bürgern der Union zu beliebten Reisezielen werden.

Umgekehrt sprechen *die Neumitglieder*, insbesondere jene, die erst vor kurzem der Umklammerung des sowjetischen Totalitarismus entronnen sind, von europäischer Wiedervereinigung. Auf diese Weise wollen die acht Staaten aussagen, dass sie nichts anderes tun, als ihren Platz unter den europäischen Nationen wieder einzunehmen. Sie sind sich bewusst, ja, es hat sich ihnen tief eingepägt, dass sie aufgrund des Zweiten Weltkriegs und des Jalta-Abkommens von 1945 brutal und willkürlich von den übrigen europäischen Nationen getrennt wurden. Trotz Stalins Versprechen, es werde in allen vom Nazismus befreiten Ländern demokratische Wahlen geben, befanden sich diese acht Länder seit 1945 in Gefangenschaft hinter dem so genannten „eisernen Vorhang“. Für sie bedeutet der 1. Mai 2004 das Ende einer Tragödie und einer Ungerechtigkeit. Dieser Tag ist nicht einfach irgendein Datum in einem organisch ablaufenden Prozess, er bedeutet vielmehr einen Bruch in ihrer Geschichte und den Beginn einer neuen Ära.

5. An dieser Stelle ist eine Präzisierung angebracht, die für den gesamten vorliegenden Text gilt: Wenn wir die Unterschiede in Reaktion und Wahrnehmung gegenüber ein und demselben Ereignis auf zwei Typen reduzieren, wissen wir natürlich, dass wir damit stark vereinfachen. Es ist zum Beispiel klar, dass Malta und Zypern nicht so auf das Ereignis des 1. Mai 2004 reagiert haben wie die anderen neuen Mitgliedsländer. Ihre Geschichte hat, auch im Verlauf der letzten fünfzig Jahre, nun einmal wenig gemein mit der der acht anderen Länder. Genauso ist uns bewusst, dass auch unter den 15 bereits integrierten Ländern große Unterschiede sowohl hinsichtlich ihrer

Geschichte als auch hinsichtlich ihrer Gefühlswelt bestehen. Wir überlassen es also jedem Leser bzw. jeder Lesergruppe, je nach ihrer Kultur und ihrer Nationalgeschichte unsere Vorlage um die erforderlichen Präzisierungen zu ergänzen.

Doch auch unter Berücksichtigung aller anzubringenden Nuancierungen meinen wir, dass sich, ausgehend von den beiden angedeuteten Grundeinstellungen zum historischen Ereignis des 1. Mai 2004, durchaus eine sinnvolle Reflexion anstellen lässt.

6. Die besagte unterschiedliche Wortwahl ist nicht rein anekdotisch, sondern höchst bedeutsam. Sie macht deutlich, dass ein und dasselbe Ereignis nicht für alle dasselbe bedeutet, und zugleich weist sie auf eine Verantwortung für alle Bürger der Europäischen Union hin. In der Tat: Wenn wir Missverständnisse vermeiden wollen, die sich in der Zukunft verheerend auswirken könnten, müssen wir die erforderliche Zeit und die notwendigen Mittel zur Verständigung und zum gegenseitigen Verstehen einsetzen. Denn wir werden keine gemeinsame Zukunft gestalten können, wenn es uns nicht gelingt, eine gemeinsame Erinnerung zu finden, in der unsere heute noch fragmentierten Erinnerungen zusammenkommen. Nun liegt aber die erste Quelle für das Missverstehen zwischen zwei Völkern oder zwei Völkergruppen in der Art, wie jedes seine eigene Geschichte und die Geschichte seiner Beziehungen zum anderen interpretiert. Man muss nämlich wissen, dass jede dieser beiden Geschichten, vor allem zwischen Nachbarn, die schon in der Vergangenheit Konflikte miteinander hatten, oft der spiegelbildliche Reflex der anderen ist. Was etwa für das eine Volk ein Sieg ist, bedeutet für das andere eine Niederlage. Wenn man einander verstehen will, muss man damit anfangen, dass man sich über diesen zentralen Punkt verständigt.

Die Kenntnis der Kultur und der Geschichte der anderen Mitgliedsländer der Union ist also eine Pflicht, die jedem Bürger und jedem Volk in dieser Union auferlegt ist. Um dem Unverständnis zu weh-

ren, müssen alle Bürger der Union möglichst rasch ihre Erinnerung überprüfen. Dies ist eine vorrangige Pflicht für uns alle, insbesondere aber für alle, die mit Erziehung zu tun haben. Wir müssen der jungen Generation die Möglichkeit geben, die Geschichte, aus der sie selbst kommt, zu verstehen, wenn wir ihr die Konflikte und Tragödien der Vergangenheit ersparen wollen.

7. Der Unterschied in der Wahrnehmung, den wir angesichts des Ereignisses vom 1. Mai 2004 feststellen konnten, scheint uns höchst aufschlussreich. Er zeigt uns, dass die jüngere Geschichte der acht Neumitglieder – mit einem Ausdruck aus der Photographie gesagt – gewissermaßen das Negativ der Geschichte der bereits integrierten Völker ist. Um nur ein Beispiel zu nennen: Es ist klar, dass das Jahr 1945 für die einen nicht dasselbe bedeuten kann wie für die anderen. Während in Westeuropa dieses Jahr ein Synonym für Befreiung und für das Ende des Nationalsozialismus ist, steht es bei den Völkern Mitteleuropas für Verlassenheit und Tyrannei.

Diese schlichte Erinnerung an das, was manche Länder, die jetzt zur EU gehören, haben durchmachen müssen, wird zur dringenden Anforderung, nicht beim oberflächlichen Augenschein stehen zu bleiben, sondern uns auf die lange Geschichte Europas zu besinnen. Dann werden wir entdecken, dass wir alle einen Punkt gemeinsam haben: Auf beiden Seiten sind wir Erben einer tragischen Geschichte. Denn die Erinnerung Europas ist eine verwundete Erinnerung, und wir können an unserer gemeinsamen Zukunft nicht bauen, wenn wir nicht das ganze Maß dieser Verwundungen ermessen.

Während der Begriff der Erweiterung der Union die Gefahr in sich birgt, dass wir die Vergangenheit vergessen und uns auf die Probleme der Gegenwart, insbesondere auf die akuten wirtschaftlichen Schwierigkeiten, konzentrieren, lädt uns der Begriff der Wiedervereinigung Europas ein, all diese Ereignisse tiefer und eingehender zu bedenken. Von 2004 müssen wir zurück zu den

Ereignissen der Jahre 1989–1991, in denen der Eisernen Vorhang gefallen und der sowjetische Totalitarismus zusammengebrochen ist. Ganz zwangsläufig werden wir damit noch weiter zurück auf die Jahre 1945–1950 und danach auf die Zeit des Zweiten Weltkriegs verwiesen. An dieser Stelle unserer Reflexion können wir schon sehen, dass diese beiden jüngeren Geschichten, so unterschiedlich sie auch in den letzten sechzig Jahren verlaufen sein mögen, in Wirklichkeit in der gemeinsamen Geschichte Europas wurzeln. Vor allem werden wir entdecken, dass die Umstände, die die Wiedervereinigung Europas ermöglicht haben, der Situation, die das Entstehen der Europäischen Union gefördert hat, in Wirklichkeit recht ähnlich sind. In beiden Fällen finden wir die geistige Entscheidung zugunsten des Verzeihens und den Willen, die Gewalt durch Dialog und Solidarität zu überwinden. In beiden Fällen erblicken wir ein Engagement der Zivilgesellschaft und sämtlicher lebendiger Kräfte einer Reihe von Nationen, die entschlossen waren, in Demokratie und Frieden zu leben. Es scheint also, dass die beiden Siege, die in ihrer Chronologie und in ihren Umständen so verschieden sind, vielleicht mehr miteinander gemeinsam haben, als es zunächst scheinen mochte. Daher können sich jetzt alle Länder der Union auf dieser Basis einfinden und zusammen ihre gemeinsame Zukunft ins Auge fassen.

8. Nachdem wir so zu einem neuen Verständnis dessen gefunden haben, was sowohl die Entstehung als auch die aktuelle Entwicklung der Union möglich gemacht hat, werden wir entdecken, dass diese nicht in erster Linie ein großer gemeinsamer Markt und ein institutionelles Gebilde ist, sondern das Ergebnis einer politischen Entscheidung im vornehmsten Sinn des Wortes. Sie beruht auf dem Willen zu gegenseitigem Verzeihen, zur Versöhnung und zum Frieden. In diesem Sinne ist die Entstehung der Europäischen Union ein geistiger Akt. Und dieser Akt ist im Grunde allen Völkern gemeinsam, ob sie nun schon lange oder erst neuerdings Mitglieder sind. Denn alle Völker Europas, auch jene, die nicht am bewaffneten Konflikt

von 1939 bis 1945 teilnahmen, hatten auf verschiedene Weise unter der Nazibarbarei und ihren Folgen zu leiden.

So gesehen ist es dann auch möglich, von einer Erweiterung der Europäischen Union zu sprechen; denn kraft ihrer freiwilligen Beteiligung an dem 1950 in Gang gesetzten Prozess reißen sich alle – alte wie neue – Mitglieder in die Dynamik desselben Gründungsaktes ein.

9. Von daher können wir für alle Katholiken, die ja jetzt miteinander Bürger der EU sind, einige Leitlinien zur Reflexion skizzieren. Da die Europäische Union, so wie sie sich jetzt darstellt, auf dem Zusammentreffen zweier historischer Strömungen von großer geistiger Bedeutung beruht, sind wir aufgefordert, uns in Erinnerung zu rufen, welches die geistigen, moralischen und kulturellen Voraussetzungen sind, die ihre Gründung, ihr Werden und ihren fortschreitenden Aufbau ermöglicht haben.

In dem Text „Das Herz weit machen“, den wir im Juni 2003 veröffentlicht haben, hatten wir bereits dazu angeregt, Robert Schumans Erklärung vom 9. Mai 1950² noch einmal neu zu lesen, ist sie doch ein geistiger Akt, der sich auch heute noch als wirkungsvoll erweist. Dieser Teil unseres Textes wurde um Änderungsvorschläge ergänzt, die uns Gruppen und einzelne Leser zugesandt haben. Wir legen ihn hiermit verbessert und erweitert erneut vor (Erster Teil).

10. Den Änderungsvorschlägen unserer Leser und der oben beschriebenen Logik folgend, möchten wir ferner dazu einladen, auch die Ereignisse von 1989 bis 1991 in ihrer politischen Bedeutung und geistigen Tragweite neu zu deuten. Wie Papst Johannes Paul II. uns selbst in seiner großen Enzyklika „*Centesimus Annus*“ ans Herz gelegt hat, müssen wir uns der Möglichkeitsbedingungen für das Ende

² Der Text der Schuman-Erklärung findet sich im Anhang.

des sowjetischen Totalitarismus deutlicher bewusst werden, die ja vor allem geistiger und moralischer Art sind (Zweiter Teil).

11. Nach dieser christlichen Relektüre der beiden Momente, ohne die die Europäische Union nicht zu dem hätte werden können, was sie heute ist, können wir einen Blick auf die Zukunft werfen. Wir müssen uns fragen, was es für die Europäische Union bedeutet, dass sie die privilegierte Erbin der christlichen Tradition ist. Denn die EU ist nicht nur das Ergebnis jener beiden Ereignisse und ihrer besonderen Umstände, an die wir erinnert haben. Sie steht auch im Strom einer langen Geschichte. Wir müssen uns also fragen: Wie können wir von einem Europa sprechen, das nicht nur in seinen Quellen und Wurzeln „christlich“ ist, sondern es auch in seinem Projekt und in seinen Zielen wäre? Mit anderen Worten: Wie können die Katholiken in ihrer Eigenschaft als Bürger der Europäischen Union sich als echte Jünger Christi erweisen und sich bemühen, die Bergpredigt in die Praxis umzusetzen? (Dritter Teil).

12. Die christliche Tradition gehört nicht einfach der Vergangenheit an. Sie lässt sich nicht auf ein Erbe an historischer Erfahrung und politisch-sozialem Wissen reduzieren. Nach wie vor speist sie das Engagement von Bürgern, die sich ausdrücklich zum Glauben an Christus bekennen. Alle, die sich als Jünger Jesu von Nazaret verstehen, müssen sich in einem persönlichen geistig-geistlichen Experiment engagieren und alle ihre Talente in den Dienst an ihren Brüdern und Schwestern in der Menschheit stellen (Dritter Teil A).

Die primäre Sendung der Kirche und damit der Teilkirchen, nämlich der Diözesen, besteht nicht darin, ein ganz bestimmtes politisches Projekt voranzubringen. Ihr erster Zweck ist vielmehr, allen Geschöpfen das Evangelium zu verkünden, und indem sie dieses Ziel verfolgen, leisten die Teilkirchen einen indirekten, aber sehr bedeutsamen Beitrag zum Leben der Länder, in denen sie wirken. In diesem Zusammenhang verdient es eine eigene Erwähnung, dass die katholi-

schen Gemeinschaften in Europa, unter Respektierung der Kompetenzen jeder einzelnen Institution, auf vielerlei Weise zum kulturellen und geistigen Leben der Union beitragen. Bedeutsames steuern sie auch dadurch bei, dass sie einen brüderlichen ökumenischen Dialog mit den anderen christlichen Gemeinschaften führen.

Zusammen sind alle Kirchen und christlichen Gemeinschaften dazu aufgerufen, einen von Achtung geprägten Dialog mit allen in Europa ansässigen religiösen Gemeinschaften zu pflegen (Dritter Teil B).

Der Reichtum der christlichen Tradition liegt nicht zuletzt in einer Soziallehre und in einer Erfahrung, die der ganzen Gesellschaft nützlich sein können. Wir müssen uns fragen, in welchen Punkten die Prinzipien der kirchlichen Soziallehre und die gegenwärtig Ausrichtung der Europäischen Union konvergieren. Dabei geht es selbstverständlich weder darum, konfessionell gebundene Institutionen zu schaffen, noch darum, politische Institutionen zu sakralisieren, sondern darum, zu ermitteln, inwieweit die Soziallehre der Kirche den Bürgern der Union in ihrem Urteil und bei ihrem Engagement helfen kann. Dieses Wissen beziehen wir aus der zweitausendjährigen Erfahrung der Kirche. Es kann durchaus auch das Engagement von Bürgern speisen, die sich zwar als Erben einer vom Christentum geprägten europäischen Geschichte verstehen, sich aber nicht ausdrücklich zum Glauben an Christus bekennen (Dritter Teil C).

13. Mit diesen unseren Überlegungen laden wir alle Katholiken ein, die Worte von Papst Johannes Paul II. in seinem Apostolischen Schreiben „Ecclesia in Europa“ zu bedenken: „Wenn man ‚Europa‘ sagt, soll das ‚Öffnung‘ heißen“ (Nr. 111). Denn genau zu diesem Bemühen um Offenheit sind alle Bürger Europas und zumal die Katholiken unter ihnen aufgerufen. Diese Offenheit des Herzens ist heute eine Gewissensfrage für alle Katholiken Europas.

Erster Teil:

Die Erklärung von Robert Schuman, neu gelesen: ein Beitrag zu einer christlichen Sicht der Europäischen Union

14. *Rückblick auf den Anfang des Integrationsprozesses der Europäischen Union und den seither zurückgelegten Weg*

Nachdem die Europäische Union eine entscheidende Schwelle überschritten hat und wir auf der Suche nach den nächsten Schritten auf ihrem Weg sind, sollten wir uns an die wichtigen hinter uns liegenden Etappen, vor allem aber an den Anfangsimpuls erinnern. Diese Ausgangsbasis hat Bedeutung für alle Länder der Union. Ob sie nun zu den Gründern gehörten oder später hinzugestoßen sind – mit ihrem Beitritt sind sie in eine gemeinsame Geschichte und in ein gemeinsames Projekt eingetreten.

Am 9. Mai 1950 wandte sich der französische Außenminister Robert Schuman an die Bundesrepublik Deutschland und an die anderen interessierten Länder Europas. Er schlug die Schaffung einer Gemeinschaft vor, die dem Frieden dienen sollte. Die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (Montanunion), die 1951 aufgrund dieser Initiative entstand, stellt den Beginn der Europäischen Union dar. Dieser Impuls entwickelte sich durch die darauf folgenden Vertragsergänzungen und den Ausbau der Institutionen weiter. So kam es zur Gemeinschaft der Sechs, der dann weitere Mitglieder beitraten. Es folgten eine Reihe von Etappen in einem Prozess der Erweiterung und der Vertiefung:

- 1957 Römische Verträge zur Gründung Europäischen Wirtschafts gemeinschaft EWG und der Europäischen Atomgemeinschaft (EAG);
- 1962 Einführung der gemeinsamen Agrarpolitik;
- 1967 Zusammenlegung der Institutionen der drei Verträge zu einer Kommission und einem Rat;
- 1968 Zollunion;
- 1972 Beitritt Dänemarks, Irlands und des Vereinigten Königreichs;
- 1979 Erst Direktwahl des Europäischen Parlaments;
- 1981 Beitritt Griechenlands;
- 1986 Beitritt Spaniens und Portugals
- 1986 Einheitliche Europäische Akte
- 1990 Beitritt von Ostdeutschland
- 1995 Beitritt von Österreich, Finnland und Schweden;
- 1992/1997 Vertrag über die Europäische Union;
- 1999 Einführung des Euro als gemeinsamer Währung;
- 2000 Vertrag von Nizza und Annahme der europäischen Charta der Grundrechte;
- 2004 Beitritt von zehn weiteren Staaten und Unterzeichnung des europäischen Verfassungsvertrags.

15. *Die Erklärung von Robert Schuman*

Im historischen Kontext betrachtet, erscheint der von Robert Schuman vorgetragene und ursprünglich von Jean Monnet entwickelte Vorstoß zwar als eine auf die besondere damalige Situation Frankreichs zugeschnittene Option. Doch er öffnete gleichzeitig einen mutigen und klugen Weg für Europa insgesamt. In der Tat machte er es möglich, die nationalen Interessen in ein größeres Ganzes zu integrieren. Andere Staatsmänner, wie Konrad Adenauer, Joseph Bech, Alcide de Gasperi und Paul Henri Spaak, nahmen gegenüber diesem ersten Vorstoß die gleiche Haltung ein und reagierten positiv. Angesichts der dramatischen Situationen, die ihre Nationen durchlebt hatten,

entschieden sie sich für einen Weg, der den Nationalismus zu überwinden helfen sollte.

16. *Wesentliche Leitprinzipien bei der Gründung der Europäischen Union*

In der Erklärung von Robert Schuman wird deutlich, dass die Erkenntnis, die dann den Prozess der europäischen Integration in Gang gesetzt hat, auf einer Reihe von Folgerungen aus der Geschichte Europas beruhte:

„Der Friede in Europa hängt davon ab, dass man die aus früheren Jahrhunderten ererbten Konflikte überwindet und in der Folge dieser Versöhnung neue Formen der Zusammenarbeit entwickelt.

Der Weg zum Frieden ist nur möglich, wenn es zu einer Zusammenarbeit kommt, die nicht erzwungen werden kann, sondern aus dem freiwilligen Mitten aller Beteiligten erwächst.

Die europäische Einheit entsteht nicht von einem Tag auf den andern, sondern als Ergebnis eines langen geschichtlichen Prozesses.

Die europäische Einheit wird sich nicht abstrakt schaffen lassen, sondern nur mit Geduld und durch eine begrenzte Anzahl konkreter Maßnahmen, die gleichermaßen auf der Solidarität im Handeln wie auf der gemeinsam getragenen Verantwortung gründen.“

17. *Versöhnung und Frieden, Freiheit und Solidarität: die „prophetische“ Tragweite einer politischen Erklärung*

Robert Schuman hat sich von diesen Lehren aus der Geschichte leiten lassen, und so gelang ihm mit seiner Erklärung vom 9. Mai 1950 eine Geste von großer geistiger Tragweite, denn es ging dabei vor allem um einen Aufruf zum gegenseitigen Verzeihen.³ Noch vor allen institutio-

³ Mt 6, 14f: „Denn wenn ihr den Menschen ihre Verfehlungen vergebt, dann wird euer himmlischer Vater auch euch vergeben. Wenn ihr aber den Menschen nicht vergebt, dann wird euch euer Vater eure Verfehlungen auch nicht vergeben.“

nellen Überlegungen stand die Erklärung für die Bereitschaft zur Versöhnung mit Deutschland, das bis dahin als Feind Frankreichs gegolten hatte, und für eine ganz spezifische Vision eines vereinten Europa. Der Anstoß zu einem solchen Prozesses der europäischen Integration sollte eine Antwort sein auf die ungeheure Sehnsucht nach Frieden in Europa. Diese Sehnsucht war nach den Erfahrungen von Gewalt und Terror während des Zweiten Weltkriegs wirklich sehr groß. In ihren ersten Sätzen bestimmte die Erklärung den *Frieden als Ziel* des von ihr vorgeschlagenen Unternehmens. Sodann hatte sie im Sinn, das Verlangen der Völker und Bürger nach Freiheit und Selbstbestimmung zu respektieren. Dieses Verlangen war angesichts von Okkupation und Repression durch die Diktaturen des 20. Jahrhunderts gewachsen. Deshalb wählten die Verfasser des Textes die *Freiheit als Grundprinzip* für die Beziehungen zwischen den Ländern, die bereit wären, sich zu einer Gemeinschaft zusammenzuschließen.

Und schließlich ging es darum, auf eine große Hoffnung zu antworten, nämlich die Hoffnung, nach der Erfahrung geteilter Armut nunmehr beim Wiederaufbau die Früchte der Solidarität zu ernten. Um eine Solidarität beim Teilen der materiellen Güter zu ermöglichen, sah die Schuman-Erklärung eine *Methode der Solidarität* beim Teilen der staatlichen Gewalt vor. Sie brach mit einer Politik, die möglichst rasch möglichst viel Profit aus dem Sieg schlagen wollte. Dies sind aus unserer Sicht die Gründe, warum die Schuman-Erklärung ihre Wirkung vor allem als geistige Geste entfaltet hat. Als Bürger wie als Christen kann sie uns noch heute inspirieren. Eine aufmerksame Lektüre dieser Erklärung kann zweifellos wichtige Orientierungshilfen für unsere heutigen ethischen und politischen Entscheidungen liefern.

18. *Der Weltfriede als Ziel*

„Der Friede der Welt kann nicht gewahrt werden ohne schöpferische Anstrengungen, die der Größe der Bedrohung entsprechen. Der Beitrag

den ein organisiertes und lebendiges Europa für die Zivilisation leisten kann, ist unerlässlich für die Aufrechterhaltung friedlicher Beziehungen.“
So die ersten beiden Sätze der Erklärung von Robert Schuman.

Am Ende des Zweiten Weltkriegs betrachtete man es als Aufgabe für ein integriertes Europa, eine Methode zur Konfliktlösung zu entwickeln, die für alle Zeiten den Rückgriff auf militärische Gewaltanwendung unmöglich machen sollte. Dieses Ziel hat sich nicht geändert, nur die Zahl der Mitgliedsstaaten ist gestiegen. Nicht wirtschaftlicher oder nationaler Egoismus hat den Integrationsprozess angestoßen, sondern die Absage an die Barbarei. Ein Europa, das endlich in Frieden leben würde, könnte auch seinen Beitrag zum Weltfrieden leisten. Die Schuman-Initiative zielte also zuerst darauf ab, Europa, und vor allem Deutschland und Frankreich, an einem Rückfall in vergangene Rivalitäten zu hindern. Die neue Gemeinschaft für Kohle und Stahl hat entscheidend dazu beigetragen, in Westeuropa einen dauerhaften Frieden zu begründen, und gleichzeitig hat sie die wirtschaftliche Entwicklung und die Demokratie gefördert.

Die Aufnahme einer gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik in den europäischen Verfassungsvertrag⁴ sollte nicht als Widerspruch dazu verstanden werden, sondern als notwendige Konsequenz. Schließlich leben wir in einer Welt, in der nach wie vor Unverständnis und Ungerechtigkeit Hass erzeugen und Hass sich immer wieder in Gewalt entlädt. Der notwendige Kampf gegen den Terrorismus lässt die Integration der Außen- und Sicherheitspolitik erst recht dringlich erscheinen.

Das Hauptziel der europäischen Integration ist der Friede, aber nicht ein auf Europa allein beschränkter Friede, sondern der Weltfriede. Für Christen ist die Verheißung des universellen Friedens ein-

⁴ Vgl. Art. I-16. Die heutigen Bemühungen in diesem Zusammenhang sind gleichsam das Echo auf das in den fünfziger Jahren dramatisch gescheiterte Projekt einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft.

geschrieben in die unumkehrbare Dynamik der durch Christus erwirkten Versöhnung.⁵ Diese Verheißung beseelt und trägt sie in ihrem Bemühen um den Frieden in der Welt.

19. *Das Prinzip der Freiwilligkeit: Selbstbestimmung und freies Engagement der vertragschließenden Parteien*

Die Verwirklichung des Friedens – zumindest im Innern – wurde möglich durch die Bereitschaft, Freiheit und Selbstbestimmung der vertragschließenden Parteien im Interesse einer frei gewählten Zusammenarbeit zu respektieren. Der Respekt vor der Freiheit des Engagements kann als ein Grundprinzip der europäischen Einigung gesehen werden. In der Schuman-Erklärung heißt es, die von ihr vorgeschlagene Gemeinschaft sei offen für alle, die daran teilzunehmen wünschten.

Anders als die imperialistischen Versuche, die Europa unter die Vorrangstellung einer Nation zwingen wollten, musste ein dauerhafter Friede auf einer von allen betroffenen Parteien frei gebilligten Vereinigung ruhen. Die Verträge der Europäischen Union gründen auf einem Verständnis von Freiheit, das von den vertragschließenden Parteien die Entscheidung für ein dauerhaftes Engagement fordert, nicht aber auf einer Vorstellung von Freiheit als der Möglichkeit, jederzeit gerade das zu tun, was einem gefällt. Die Römischen Verträge enthalten keine Austrittsklausel. Und selbst wenn die europäische Verfassung eine solche Klausel vorsieht,⁶ muss ein ganz besonderes Verfahren eingehalten und ein Vertrag zwischen der Union und dem

⁵ Eph 2,14-17: „Denn er ist unser Friede. Er vereinigte die beiden Teile (Juden und Heiden) und riss durch sein Sterben die trennende Wand der Feindschaft nieder. Er hob das Gesetz samt seinen Geboten und Forderungen auf, um die zwei in seiner Person zu dem einen neuen Menschen zu machen. Er stiftete Frieden und versöhnte die beiden durch das Kreuz mit Gott in einem einzigen Leib. Er hat in seiner Person die Feindschaft getötet. Er kam und verkündete den Frieden: euch, den Fernen, und uns, den Nahen.“

⁶ Vgl. Art. I-60.

austrittswilligen Mitgliedsstaat ausgehandelt werden, damit dieser die Union verlassen kann.

Das Prinzip der freiwilligen Mitgliedschaft wirft auch ein Licht auf die historischen Grenzen des eingeschlagenen Integrationsweges. Der Anstoß zu dem, was später die Europäische Union wurde, erfolgte zu einem Zeitpunkt, als die Waffen schwiegen. Dieses Projekt zielte also nicht unmittelbar auf die Beilegung eines bewaffneten Konflikts. Und es wurde durch eine Bedrohung angespornt, die heute nicht mehr besteht. Der Beitrag zum Weltfrieden, den Europa durch seine Entscheidung für eine freiwillige Integration leistet, kann nicht zum „automatischen“, unter allen Umständen verbindlichen Prozess werden. Der Prozess der europäischen Integration, die in der Zeit des Kalten Krieges auf Westeuropa beschränkt blieb, konnte ja auch nicht die Anwendung militärischer Gewalt zur Unterdrückung der Volksaufstände in Ostdeutschland, in Ungarn, in der Tschechoslowakei und in Polen verhindern. Genauso deutlich zeigte sich die europäische Ohnmacht während des Balkankonflikts. Diese Krise hat offen gelegt, dass die Europäische Union ihre Zuflucht nicht zur Stärke nehmen kann, wenn es einer bedrohten Bevölkerung zu helfen gilt. Solche Schwachstellen machen die nach wie vor bestehenden Defizite sichtbar.

Trotz allem – das Prinzip der europäischen Integration ist die Freiheit, Freiheit im Hinblick auf ein festes und dauerhaftes Engagement für eine Gemeinschaft, die sich aus verschiedenen Staaten und Völkern zusammensetzt. Diese Wahlfreiheit ist nichts Vorübergehendes, sie verändert die Identität der Staaten und Völker, die sich engagieren. Auch für die Christen ist die Freiheit, die ja konstitutiv für ihren Glauben ist, keine kurzlebige Größe. Sie setzt sich um in ein solidarisches Engagement.⁷

⁷ Gal 5,13–14: „Ihr seid zur Freiheit berufen, Brüder. Nur nehmt die Freiheit nicht zum Vorwand für das Fleisch, sondern dient einander in der Liebe! Denn das ganze Gesetz ist in dem einen Wort zusammengefasst: Du sollst deinen Nächsten lieben wie dich selbst!“

20. *Die Methode der Solidarität und der Teilung von Souveränität*

Der Anstoß zur Gründung Europas erfolgte mit dem Ziel einer „faktischen Solidarität“. Unter Solidarität ist hier die Schaffung einer wirklichen Einheit in Achtung vor dem Gemeinwohl und auf der Grundlage der Gleichheit der Partner zu verstehen. Für die katholische Kirche liegt die Quelle der Solidarität im Sinn dieser Einheit übrigens im Herzen ihres Glaubens selbst.⁸ Solidarität ist also nicht als einseitige Herablassung der Reichen zu den Armen zu verstehen. Im spezifischen Kontext ihrer Epoche ging es der Schuman-Erklärung um eine Solidarität,

- ⇒ die nicht durch die Nationalgrenzen eingeschränkt werden und den europäischen Staaten einen möglichen Weg zur Überwindung nationaler Blockaden weisen sollte;
- ⇒ die Konsequenzen für die Verbesserung der Lebensverhältnisse der Arbeiter in allen beteiligten Staaten haben sollte;
- ⇒ die nicht bei den vertragschließenden Parteien Halt machen, sondern die Pflicht Europas zur Solidarität mit den anderen Völkern einbeziehen sollte.

Das historisch Neue bestand in der Schaffung von Gemeinschaftsinstitutionen, besonders der Hohen Behörde, die später zur Europäischen Kommission wurde, sowie in der Möglichkeit zur Kontrolle durch den Europäischen Gerichtshof. Diese Institutionen lassen es zu, auf noch nie da gewesene, jedoch ganz reale Weise konkret über die nationalen Instanzen hinauszugehen; gleichzeitig aber garantieren sie auch den kleinsten und schwächsten Mitgliedsländern ein Mindestniveau der Beteiligung.

⁸ Zweites Vatikanisches Konzil, Pastoralkonstitution „Gaudium et Spes“, Nr. 24: „Ja wenn der Herr zum Vater betet, ‚dass alle eins seien ... wie auch wir eins sind‘ (Joh 7,20-22), und damit Horizonte aufreißt, die der menschlichen Vernunft unerreichbar sind, legt er eine gewisse Ähnlichkeit nahe zwischen der Einheit der göttlichen Personen und der Einheit der Kinder Gottes in der Wahrheit und in der Liebe.“

Die Institutionen der Gemeinschaft stützen sich nicht in erster Linie auf das Prinzip der Stärke, sondern auf eine Solidarität, die den kleinen Nationen das gleiche Existenzrecht zuerkennt wie den großen. Die Methode der europäischen Integration ist die Solidarität. Sie setzt voraus, dass die größeren Staaten bei der Verteilung der Stimmen und Sitze in den Institutionen nicht auf der strikten Anwendung des Proportionalitätsprinzips bestehen, wohingegen die kleineren Staaten sich verpflichten, den Entscheidungsprozess nicht zu blockieren und die Union nicht zu lähmen.

21. *Freiheit und Solidarität: ein spannungsreiches Verhältnis*

Während sich die Europäische Union bereits für zahlreiche Mitgliedsstaaten geöffnet hat, stößt die Solidarität als Methode in der Europäischen Union dadurch an ihre Grenzen, dass ein Land ganz allein die anderen am Handeln hindern kann. Das schafft eine gewisse Spannung: Zwar sollte kein Land dazu verpflichtet werden können, gegen seine erklärte Absicht zu handeln (Prinzip der freien Zugehörigkeit), aber es sollte dennoch möglich sein, das gemeinsame Ziel (den Frieden in Europa) zu erreichen. Die gegenwärtigen Veränderungen in der Europäischen Union werden unweigerlich auch zu einer Neubestimmung des Mindestniveaus an Beteiligung führen. Das erklärt auch, weshalb sich die Regierungskonferenz in den Verhandlungen über den europäischen Verfassungsvertrag Ende 2003 und im ersten Halbjahr 2004 so schwer tat, eine Einigung über das Abstimmungsverfahren im Ministerrat zu erzielen.

Der gleiche Widerspruch zeigt sich bei der Wirtschaft. Seit dem Zusammenbruch des Sowjetsystems hat praktisch überall die Marktwirtschaft als prinzipielle Lösung für das Problem der Zuteilung knapper Ressourcen Einzug gehalten. Aber gerade sie vergrößert oft die Ungleichheit zwischen den sozialen Schichten und stürzt viele Menschen in wirtschaftliche Schwierigkeiten oder sogar in Armut. Die Marktwirtschaft braucht also ein Minimum an Regeln: zum einen

zur Aufrechterhaltung des Wettbewerbs und zur Verhinderung von Konzentrationen, zum anderen zur Bewahrung des gesellschaftlichen Zusammenhalts und zum Schutz der ärmsten Familien und Einzelpersonen. Es stellt sich also die Frage nach einer Balance zwischen der unternehmerischen Freiheit, die ihre Effizienz für die Schaffung von Wohlstand unter Beweis gestellt hat, und Regelungen, die das Gemeinwohl und die Solidarität aller Bürger sichern können.

22. *Die Methode der Solidarität gilt auch für die Weltgesellschaft und die kommenden Generationen*

Solidarität lässt sich als Methode auf die Beziehungen zwischen den vertragschließenden, am Prozess der europäischen Integration beteiligten Staaten anwenden. Man sollte jedoch nicht vergessen, dass schon die Schuman-Erklärung ganz zu Beginn der europäischen Einigung nicht nur darauf zielte, die Ungleichheiten im Lebensstandard der Industriearbeiter in den verschiedenen Ländern auszugleichen, sondern das Augenmerk auch auf die Verpflichtungen Europas gegenüber Afrika richtete. Dass sie die Beziehungen zwischen Afrika und Europa erwähnte, erklärt sich zum Großteil aus der kolonialen Situation, die heute glücklicherweise überwunden ist. Nichtsdestotrotz hat Europa noch immer eine besondere Verantwortung gegenüber Afrika.

Aber auch die Solidarität zwischen den Generationen und der Beitrag der Europäischen Union zur nachhaltigen Entwicklung der gesamten Menschheit verdienen Beachtung. In diesem Zusammenhang ist ein Aspekt der Solidarität der Europäischen Union gegenüber dem Rest der Welt ganz besonders zu erwähnen. In Anbetracht der gemeinsamen kulturellen und religiösen Wurzeln und des gewichtigen amerikanischen Engagements im Lauf des letzten Jahrhunderts müssen die Europäische Union und die Vereinigten Staaten von Amerika beim Aufbau einer solidarischeren Welt zusammenwirken. Diese Aufgabe wächst den beiden Weltregionen wegen des hohen Entwicklungs-

standes zu, den sie erreicht haben. Darüber hinaus erlaubt das Ende des Kalten Krieges der Europäischen Union, die historischen Bande zu ihren Nachbarländern entsprechend ihrer jeweiligen Besonderheit neu zu knüpfen. Über alledem dürfen wir jedoch nicht aus dem Auge verlieren, dass dieses Engagement für den Aufbau einer gerechteren und solidarischeren Welt in einer noch tieferen Hoffnung wurzelt.

23. Wie lässt sich in der historischen und politischen Realität eine im Glauben verwurzelte Überzeugung entfalten?

Unsere Hoffnung als Christen wird von der tiefen Überzeugung bestimmt, dass unsere Wege als Einzelne wie als Gemeinschaften in eine Zukunft führen, die in den Händen Gottes liegt. Dieses Vertrauen ist nicht mit einer naiven Sicht der Dinge zu verwechseln, wonach die Zukunft aus einer Folge linearer Fortschritte besteht. Christen bekennen Leben, Tod und Auferstehung Jesu Christi als Kern ihrer Hoffnung auf das Gottesreich. Die Bereitschaft zum Dienst an den Anderen beseitigt nicht die Ungewissheit darüber, ob unsere Anstrengungen gelingen, und dispensiert genauso wenig von der Erfahrung des Leids. Für Christen gehört diese Perspektive zur Kreuzeserfahrung in der Nachfolge Jesu Christi⁹: Ihn verehren wir als den Erlöser der gesamten Menschheit. Das Kreuz des auferstandenen Herrn ist eine Quelle der Hoffnung, die weder durch die menschliche Schuldverstrickung noch durch unser vielfaches Versagen austrocknen kann. Heute sehen wir im Kreuz nicht das Triumphzeichen für eine vermeintliche Siegesgeschichte der europäischen Christenheit, sondern das Symbol, das dazu auffordert, aufmerksam für die Gegenwart zu sein und uns den Herausforderungen für unser Handeln und Wirken zu stellen.

⁹ Vgl. Lk 6,40: „Der Jünger steht nicht über seinem Meister; jeder aber, der alles gelernt hat, wird wie sein Meister sein“, oder Mk 8,34: „Er rief die Volksmenge und seine Jünger zu sich und sagte: Wer mein Jünger sein will, der verleugne sich selbst, nehme sein Kreuz auf sich und folge mir nach.“

„Die Liebe wird bleiben wie das, was sie einst getan hat.“¹⁰ Im Licht dieser tiefen geistlichen Wahrheit erschließt sich uns die „prophetische“ Dimension der Intuition, die am Anfang des europäischen Integrationsprozesses stand. Friede als Ziel, Freiheit als Prinzip und Solidarität als Methode sind die konkrete Übersetzung dieser Wahrheit in den Raum der Geschichte. In der Tat können wir nach der Erfahrung der vergangenen fünf Jahrzehnte feststellen: In der Europäischen Union ist der Friede gesichert, wird die Freiheit respektiert, hat die Solidarität Fortschritte gemacht.

Für zahlreiche Katholiken wurde die europäische Integration zu einem Kristallisationspunkt ihrer Hoffnung auf Frieden in der Welt, auf Demokratie und Gerechtigkeit weltweit. Sie engagieren sich aktiv für diese Ziele. Andere Katholiken dagegen sind im Blick auf die Wirklichkeit der europäischen Integration skeptisch geblieben oder skeptischer geworden, weil wir von den Verheißungen des Anfangs noch weit entfernt sind. Es ist auch möglich, dass sie sich nicht vorstellen können, wie echte Solidarität über den Rahmen einer Nation hinausreichen kann.

Faktisch sind die Schuman-Erklärung und das von ihr inspirierte Projekt bis zum Ende des Kalten Krieges in erster Linie eine Sache der politischen Eliten in Europa geblieben. Die meisten Menschen spürten erst nach dem Fall der Berliner Mauer so richtig, dass sie die Sache etwas angeht.

24. Ein anderer Blick auf die gemeinsame Geschichte

Wir müssen die vorangehende Bemerkung nuancieren, denn die Geschichte ist ja nicht nur die Angelegenheit von Staaten. Zu beachten ist in der Tat auch, wie die verschiedenen Bereiche der westlichen Zivilgesellschaft von den dramatischen Ereignissen in den Jahren des

¹⁰ Zweites Vatikanisches Konzil, Pastoralkonstitution „Gaudium et Spes“, Nr. 39.

Kalten Krieges zwischen 1945 und 1989 betroffen wurden. Auch wenn die Regierungen sich als handlungsunfähig erwiesen, hat die Öffentlichkeit im Westen jedes Mal reagiert, wenn eines der Völker Mitteleuropas unter der Aggression des sowjetischen Totalitarismus zu leiden hatte.

Rückblickend können wir diese Reaktion der Öffentlichkeit als „Hoffnung auf Europa“, als das Bewusstwerden einer wirklichen Schicksalsgemeinschaft zwischen allen Völkern Europas verstehen. Dieses Bewusstsein hat sich nach der Unterzeichnung der Verträge von Helsinki 1975, nach der Bildung der „Charta 77“ in Prag und vor allem ganz konkret mit dem Versand von Lebensmitteln nach Polen nach dem „militärischen Staatsstreich“ vom 13. Dezember 1981 noch vertieft.

Diese knappe Erinnerung ist also eine Einladung, die gemeinsame Geschichte Europas heute noch einmal neu zu lesen, aber diesmal ausgehend von der Erfahrung der Nationen, die unter der sowjetischen Fuchtel gelebt haben.

Zweiter Teil:

Eine andere Geschichte Europas

25. Während sich in Westeuropa der Integrationsprozess vollzog, erlebten die Völker Mittel- und Osteuropas eine ganz andere Geschichtsetappe. Die Münchner Verträge von 1938 zwischen Deutschland, Italien, Großbritannien und Frankreich und danach der Ribbentrop-Molotow-Pakt 1939 hatten die Besetzung der Tschechoslowakei durch das „Dritte Reich“ und die gemeinsamen Aggression Deutschlands und der Sowjetunion gegen Polen zur Folge. Gegen Kriegsende sanktionierten die Vertreter der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und der UdSSR in den Konferenzen von Teheran, Jalta und Potsdam die Aufteilung der Nachkriegswelt in zwei Einflusszonen; Mitteleuropa unterstellten sie dabei dem sowjetischen „Protektorat“. Stalin hat jedoch weder den Buchstaben noch den Geist dieses Abkommens respektiert, da er die versprochenen freien Wahlen innerhalb „seiner“ Zone nicht zuließ.

26. Die Völker Mitteleuropas haben das kommunistische System, das ihnen gewaltsam aufgedrängt wurde, nicht ohne weiteres akzeptiert. Berlin 1953, Budapest 1956, Posen 1956, Prag 1968, Warschau 1968, Gdansk und Gdynia 1970, Radom und Ursynow 1976, Gdansk, Szczecin und Jastrzebie 1980, die Opposition während des Kriegsrechts in Polen 1981–1983 und besonders im Bergwerk *Wujek* – das waren die wichtigsten Zentren des Widerstands gegen den Kommunismus. Der Protest der gesamten Bevölkerung, die Bildung der demokratischen Opposition in Ostdeutschland, in Ungarn, in Polen und in der Tschechoslowakei, die wirtschaftliche Ineffizienz des kommunistischen Systems sowie zahlreiche Umstände auf der Bühne der internationalen Politik führten zu dessen Scheitern. Von außen wur-

de dieser Ausgang erleichtert durch die Entwicklungen nach der Helsinki-Konferenz von 1975.

Auch wenn wir hier alle diese Ereignisse nur in sehr gedrängter Form anführen können, ist es doch wichtig, sie in Betracht zu ziehen, wenn wir zu einem Bewusstsein gelangen wollen, das wirklich allen Völkern gemeinsam ist, die heute die Europäische Union bilden. Die Kenntnis der Geschichte, und zwar der ganzen Geschichte in ihrer Komplexität, stellt eine unerlässliche Vorbedingung für jede europäische Staatsbürgerschaft dar.

27. Die Ereignisse des Entscheidungsjahrs 1989 sind auch einer theologischen Lektüre unterzogen worden, und zwar in der Enzyklika „Centesimus Annus“, die wir einer an diesen Geschehnissen beteiligten Person verdanken: Papst Johannes Paul II. Seine Analyse lässt sich in drei Kapitel zusammenfassen: die Ablehnung von Gewalt und Lüge, die Erfahrung der konkreten Solidarität und das Verständnis der Religion als Freiheitsbotschaft.

A.

Die Ablehnung von Gewalt und Lüge

28. „Man konnte den Eindruck haben, dass die aus dem Zweiten Weltkrieg hervorgegangene und vom Abkommen von Jalta festgelegte Ordnung Europas nur durch einen neuerlichen Krieg erschüttert werden könnte“, lesen wir in der Enzyklika (CA 23). Mag sein, dass aus unserem Gedächtnis das Wissen um die Gefahr und die Verzweiflung, die der „kalte Krieg“ verursachte, schon geschwunden ist. Jeden Augenblick konnte ja ein „heißer Krieg“ entbrennen. Und doch ist dann dieses auf die Gewalt und die Missachtung der Menschenrechte gegründete System, fast ohne dass ein Schuss fiel, vor unseren Augen zusammengebrochen. (Man darf allerdings die Konflikte auf dem Balkan und in Tschetschenien nicht vergessen, die zwar nach

dem Ende des Kommunismus stattfanden, aber sicherlich mit ihm zusammenhängen.) Die scheinbar zur Ohnmacht verurteilten Menschen haben eine Waffe gefunden, die sich als stärker und wirksamer denn jede Militärmacht erwies. Aus diesem Grunde tragen die Ereignisse des Jahres 1989 eine universalen Botschaft in sich, die angesichts der Versuchung, zur Konfliktlösung wieder auf die Gewalt zurückzugreifen, immer noch aktuell ist.

Das Wesen der neuen Methode, die auf eine Veränderung der Welt abzielt und dabei eine Alternative zu Krieg und Revolution sein will, war die Ablehnung der Gewalt und die Entscheidung für moralische Unbeugsamkeit, wenn es darum ging, die menschliche Würde einzuklagen und Zeugnis für die Wahrheit abzulegen. Das totalitäre System zerfiel aufgrund seiner eigenen Widersprüche, aber wenn den Völkern ihre friedliche Überwindung gelang, dann vor vor allem dank des „gewaltlosen Engagement von Menschen [...], die sich stets geweigert hatten, der Macht der Gewalt zu weichen, und Schritt für Schritt wirksame Mittel zu finden wussten, um von der Wahrheit Zeugnis abzulegen“ (CA 23). Ein solches Zeugnis konnte zuweilen bis zum Martyrium gehen. Man braucht nur an das Beispiel von Jerzy Popieluszko und an die Devise seines Lebens zu denken: „Lass dich nicht vom Bösen besiegen, sondern besiege das Böse durch das Gute!“ (Röm 12,21).

Die gewählte Aktionsmethode ging von dem Prinzip aus, dass jeder Mensch, selbst unser Gegner, mit einem Gewissen ausgestattet ist. Das heißt, dass der Mensch nur so lange auf der Seite des Bösen stehen kann, wie er imstande ist, es als ein verteidigungswertes Gut zu betrachten. „Das hat“, schreibt der Papst, „den Gegner entwaffnet. Denn die Gewalt muss sich immer mit der Lüge rechtfertigen. Sie gibt vor, auch wenn der Anschein trügt, die Verteidigung eines Rechts oder die Abwehr einer Bedrohung im Auge zu haben“ (CA 23). Diese Methode hat sich als wirksam erwiesen, weil die Menschen den schmalen Pfad fanden zwischen der Revolte gegen die Knechtschaft und der Pflicht

zur Feindesliebe, „zwischen der Feigheit, die dem Bösen weicht, und der Gewalt, die sich zwar einbildet, das Böse zu bekämpfen, es aber in Wirklichkeit verschlimmert“ (CA 25). So fanden sie zu der Offenheit, die ins Gewissen ihrer Gegner traf, obwohl sich diese anfänglich keinem moralischen Prinzip verpflichtet wähnten.

B.

Die Erfahrung von Solidarität

29. In der Zeit, in der die kommunistische Macht dazu neigte, die Gesellschaft zu atomisieren, und in der die offizielle Ideologie die Theorie vom unumgänglichen Klassenkampf proklamierte, gewann das Wort „Solidarität“ in Polen an Boden. Die atomisierte Zivilgesellschaft stellte ihr Gewebe wieder her und gewann, geschart um die Persönlichkeit Johannes Pauls II., ihr Gemeinschaftsgefühl zurück. Die erste Pilgerfahrt des Papstes durch Polen (1979) und sein Gebet zum Heiligen Geist, er möge kommen und das Angesicht der polnischen Erde erneuern, weckten jene Begeisterung unter den Arbeitern, die dann zur Bildung der unabhängigen Gewerkschaft „Solidarność“ führte. Dies war der erste Aufstand der Arbeiter „hinter dem Eisernen Vorhang“, der ausdrücklich auf eine religiöse Inspiration Bezug nahm. Es ist an sich schon wichtig, dass damit im sowjetischen Block eine erste legale, von den Staatsbehörden unabhängige Organisation entstand. Genauso wichtig aber ist, dass es diese Idee von „Solidarität“ war, die das Rückgrat dieser Gewerkschaft mit zehn Millionen Mitgliedern bildete.

Ihre Feuertaufe erhielt sie während der Jahre des Kriegsrechts. Hatte diese nationale Bewegung wirklich das Gemeinschaftsgefühl zur Grundlage, das stärker ist als alles, was uns menschlich trennen kann? Die Reflexion des Papstes über die Idee der Solidarität war damals von unschätzbarem Wert, genauso wie seine Überlegungen, die sich in der Enzyklika „Sollicitudo rei socialis“ finden oder die er im Lauf seiner verschiedenen Pilgerfahrten vorgetragen hat. In Gdansk, der

Wiege der „Solidarność“, rief der Papst am 12. Juni 1987 in Erinnerung: „Einer trage des anderen Last“ – dieser knappe Satz des Apostel ist die Inspiration für die Solidarität in der Gesellschaft und unter den einzelnen Menschen. Solidarität bedeutet: Da sind zwei Menschen, und wenn es eine Last gibt, dann muss man sie gemeinsam, in Gemeinschaft tragen. Also niemals gegeneinander.“ Hier erscheint das Bewusstsein von einer Last, die es zu tragen gilt und die man nicht einfach von sich weisen darf, um sich davonzustehlen.

Und noch ein zweites Element scheint in dieser Idee auf. Es ist das Gefühl für die Gemeinschaft, der wir angehören, eine Gemeinschaft, die sicherstellt, dass sich der Mensch in dieser Mühsal oder in jenem Unglück nicht allein fühlt. Ein anderer Mensch begleitet mich und hilft mir, die Last zu tragen. Man könnte sich fragen, warum jemand aus eigenem Antrieb sich eine Last aufbürdet, die gar nicht die seine ist. Er könnte es durchaus sein lassen, hinschauen und vorbeigehen wie jener Levit und jener Priester aus dem Gleichnis, die den Verwundeten liegen ließen, und niemand hätte das Recht, ihm deshalb böse zu sein.

Wenn wir finden, anders handeln zu müssen, zeigt das, dass im Herzen der Menschen eine ‚Kompassion‘ verankert ist, die Grenzen überwinden kann. In dieser Hinsicht ist es bedeutsam, dass uns Jesus einen Samariter als Beispiel vor Augen führt, also jemanden der von „anderswo“ herkommt. So ist unser zutiefst vom Christentum geprägtes Denken immer gerufen, Grenzen zu überwinden. Wenn die Haltung von Mutter Teresa für uns selbstverständlich ist und ihre „Spontanseligprechung“ keiner Rechtfertigung bedarf, dann deshalb, weil wir in unserer Kindheit so häufig das Gleichnis vom barmherzigen Samariter gehört haben.

Warum hat der Samariter angehalten? Der Mensch, der da am Boden lag, gehörte doch weder zu seiner Familie noch zu seiner Religionsgemeinschaft; alles trennte ihn von diesem Halbtoten. Das Unglück

dieses Menschen war es, was ihn anhalten ließ, ein Unglück, an dem er nicht gleichgültig vorbeigehen konnte. Für sein Verhalten gibt es keine eindeutige, rationale Erklärung. Er, einer von außerhalb, ein völlig Fremder, spürt Mitleiden, in dem er das Leiden des anderen sieht. Wenn wir im Text des Evangeliums den Unterschied zwischen der Reaktion des Leviten und des Priesters und dem Verhalten dieses „Fremden“ suchen, werden wir ihn in ein paar ganz schlichten Worten finden, die Lukas seiner Situationsbeschreibung hinzufügt: „Dann kam ein Mann aus Samarien, der auf der Reise war. Als er ihn sah, hatte er Mitleid“ (Lk 10,33). Genau das aber fehlte den Dienern Gottes, die vom Tempel heimkehrten. Und aus dieser Regung, aus diesem Mitleiden angesichts des Unglücks des Menschen entsteht spontan die Solidarität.

C.

Die Religion – eine Botschaft der Freiheit

30. Die christliche Inspiration hat im Lauf der Ereignisse des Jahres 1989 in Europa eine beträchtliche Rolle gespielt. In der gegenwärtigen Debatte um die öffentliche Rolle der Religion wird diese häufig als Quelle möglicher Bedrohung für den sozialen Frieden und die Freiheit des Menschen dargestellt. Die Erfahrung, die Mitteleuropa in dieser Hinsicht gemacht hat, kann hier eine ganz andere Perspektive ermöglichen.

Die Religion hat im Leben der Völker und Gesellschaften Mittel- und Osteuropas eine völlig andere Rolle gespielt als im Westen des Kontinents. Im Westen hat man rigoros versucht, das Prinzip durchzusetzen, dem zufolge in jedem Staat nur eine Konfession bestehen sollte. Dagegen herrschte in Transsilvanien oder in Polen schon lange vor der Reformation ein hoch entwickelter konfessioneller Pluralismus. Darin manifestierte sich kultureller Pluralismus. Im 16. Jahrhundert bekannten sich fast alle ethnischen Gruppen, die auf polnisch-litauischem Staatsgebiet lebten, zu ihrer je eigenen Religion:

Die Polen und ein Teil der Litauer waren Katholiken, die Russen waren Orthodoxe, die Deutschen Lutheraner und Calvinisten, die Armenier Monophysiten, die Juden bekannten sich zum Judentum und die Tataren zum Islam. In einer Zeit, in der im Westen Europas die religiös motivierten Verfolgungen an der Tagesordnung waren, herrschte hier nahezu überall die rechtlich garantierte Bekenntnisfreiheit. Diese Freiheit wurde unter anderem in der Warschauer Konföderationsakte vom 28. Januar 1573 bekräftigt. Diese Akte billigte dem Adel das Recht auf freie Konfessionswahl zu und untersagte gleichzeitig den staatlichen Behörden jede konfessionelle Diskriminierung bei der Verteilung der Stellen, der Liegenschaften und der Pachtverhältnisse.

Die Gründe für diese Haltung waren vielfältig. Wenn wir uns die Karte von Europa im Mittelalter ansehen, stellen wir fest, dass die Grenzen, die die nichtchristliche und die christliche Welt trennten, durch zwei Staaten verliefen: Spanien und Polen. Auf der Iberischen Halbinsel diente der Katholizismus der Sache der Einigung des Landes gegen die Mauren; Polen dagegen, das gegen den Deutschen Orden kämpfte, der eine tödliche Bedrohung für das Land war, profitierte von der Hilfe sowohl des halb heidnischen Litauen als auch der tatarischen Streitkräfte. Die Toleranz war also ein Gebot der Vernunft. In diesem Kontext erarbeitete man in der Akademie von Krakau – hundert Jahre vor der Schule von Salamanca – die Elemente der Theorie des Völkerrechts, die der Rektor der Akademie, Paulus Vladimiri, 1417 beim Konzil von Konstanz vorlegte. Die Essenz dieser Tradition fand einen schönen Ausdruck bei Jan Zamojski, dem Hetman und Kanzler der Republik Polen, der für die Protestanten folgende Worte fand: „Ich lasse mir die Hand abhacken, damit ihr euch bekehrt, aber ich gebe meine andere, um euch zu verteidigen, wenn ihr um eurer Konfession willen verfolgt werdet.“

Die Tradition einer wohlwollenden Haltung gegenüber der Religion fand sich auch später wieder. Für viele Nationen, die keinen Staat besa-

Ben, war die Religion ein wichtiges Element ihrer kollektiven Identität. Für diese Nationen waren die Kirchen ein Zufluchtsort und ein Garant ihrer Freiheit. „Hier, in Jasna Gora, [...] waren wir immer in gewisser Weise frei“, sagte Johannes Paul II. 1983. Seine Worte gaben der Erfahrung vieler Menschen Ausdruck, unabhängig von ihrer Weltanschauung und ihrer persönlichen Einstellung zur Religion.

Während der Jahre der Opposition gegen das kommunistische System kam es zur Begegnung zwischen der Kirche und der Arbeiterbewegung. Sie war aus einer ethischen Reaktion geboren. „In der Krise des Marxismus tauchen spontan die Formen des Arbeiterbewusstseins wieder auf, die eine Forderung nach Gerechtigkeit und Anerkennung der Würde der Arbeit zum Ausdruck bringen, wie sie der Soziallehre der Kirche entspricht“ (CA 26). Zudem resultierte das Interesse, das man der Soziallehre der Kirche entgegenbrachte, die Tatsache, dass man sie zu Rate zog, aus einer Art geistigen Vakuums als Folge des staatlich verordneten Atheismus. Dieser Atheismus verursachte nämlich auch eine erhebliche Krise im Bereich der Kultur, einen Verlust der Orientierung und das Gefühl eines schwindenden Lebenssinns bei vielen Menschen, vor allem bei jungen Leuten. Aus diesem Grund wurde der Kampf für die Verteidigung der Arbeit spontan mit dem Kampf für die nationale Kultur und die nationalen Rechte verbunden. „Im Mittelpunkt jeder Kultur steht die Haltung, die der Mensch dem größten Geheimnis gegenüber einnimmt: dem Geheimnis Gottes. Die Kulturen der einzelnen Nationen sind im Grunde nur verschiedene Weisen, sich der Frage nach dem Sinn der eigenen Existenz zu stellen; wird diese Frage ausgeklammert, entarten die Kultur und die Moral der Völker“ (CA 24).

D.

„Für Ungarn und für Europa“

31. Im November 1956 schickte der Leiter der Ungarischen Presse-Agentur, gerade rechtzeitig, bevor die Artillerie auf sein Büro feu-

erte, ein Fernschreiben in die Welt, das seine Angst vor dem noch am selben Tag einsetzenden sowjetischen Angriff auf Budapest verriet: „Wir sterben für Ungarn und für Europa.“ Diese Worte drückten die Überzeugung aus, dass die Verteidigung der nationalen Kultur in diesem Teil der Welt untrennbar mit dem Kampf für das europäische Wertesystem verbunden war. Und da die christliche Inspiration für viele Kämpfer der Opposition die Grundlage dieser Werte und das ausschlaggebende Motiv für den opferbereiten Einsatz zu ihrer Verteidigung bildete, schlossen jene Worte auch die Bereitschaft ein, sich genauso wie für Europa auch für die Kirche zu opfern.

Diese wenig bekannte Episode aus dem Volksaufstand in Budapest genügt schon, um uns begreifen zu lassen, dass die Völker, die jüngst der Europäischen Union beigetreten sind, ein klares Bewusstsein davon hatten, dass sie integraler Bestandteil von Europa waren, noch bevor sie sich der damals im Westen allmählich entstehenden Gemeinschaft anschließen konnten.

32. Von diesem schlichten Hinweis her lässt sich sichtbar machen, wie wichtig die Aufforderung zur Relektüre ihrer Geschichte für alle heutigen Bürger der Union ist. In der Tat sind wir, ausgehend von zwei scheinbar sehr unterschiedlichen Wahrnehmungen desselben Ereignisses, dazu gelangt, eine gemeinsame Verwurzelung in der langen Geschichte Europas zu entdecken.

Selbstverständlich sind wir uns dessen bewusst, dass wir unsere Aufmerksamkeit auf lediglich zwei Momente konzentriert haben, obwohl sich die jüngere Geschichte Europas natürlich nicht auf sie allein reduzieren lässt. Wir haben sie herausgehoben, weil sie für die Union in ihrer heutigen Gestalt grundlegend sind. Wir haben sie auch herausgehoben, weil sie eine Pflicht besonders deutlich hervortreten lassen, die allen Mitgliedsstaaten auferlegt ist: dafür zu sorgen, dass alle ihre Bürger sich jeden der beiden Momente zu Eigen machen können. Seit der Erweiterung auf 25 Staaten gehört nämlich der

Gründungsakt, eben die Schuman-Erklärung, nunmehr allen Mitgliedern der Union. Und umgekehrt ist der demokratische Widerstand gegen den sowjetischen Totalitarismus jetzt mit dem gleichen Recht wie der Widerstand gegen die Nazibarbarei Bestandteil des gemeinsamen Erbes der gesamten Europäischen Union.

Wie im Abschnitt 5 angedeutet, können wir hier nur jede Lesergruppe einladen, diese zweifache Relektüre mit Blick auf ihre je eigene Situation zu unternehmen.

Wenn wir uns auf diese Sicht einlassen, werden wir entdecken, dass wir ungeachtet unserer aktuellen Unterschiede alle zum selben Europa gehören und dass wir alle ein und dieselbe Geschichte gemeinsam haben.

Die Nähe der schwierigen und leidvollen Ereignisse, die Europa im Lauf des 20. Jahrhunderts erlebt hat, ist ein Aufruf an alle, zu erkennen, dass unsere gemeinsame Geschichte zuallererst eine Erfahrung mit der Vergänglichkeit ist. Nichts ist ein für allemal gegeben. Weder Friede noch Solidarität noch Toleranz noch Demokratie noch auch das Bekenntnis zum Glauben. Damit all das von Dauer sei, bedarf es einer immer wieder neu unternommenen Anstrengung. Das Bewusstsein, dass alles, was Generationen unter so vielen Mühen erworben haben, verloren gehen kann, sollte uns einerseits davor bewahren, unsere eigene Kultur nachlässig zu behandeln, und uns andererseits davon abhalten, in Triumphalismus zu verfallen.

Ein solches Bewusstsein von unserer Gebrechlichkeit wird besonders vonnöten sein, wenn wir uns an die Relektüre unserer europäischen Geschichte machen. Jahrhundertlang war Europa zwischen rivalisierende Nationen aufgeteilt. Sie haben einander mit Kriegen überzogen. Im Rückblick muss es uns immer mehr so vorkommen, als wären alle diese Kriege Bürgerkriege gewesen. Bis ein Volk dies ausdrücklich anerkennt, bedarf es großer Demut. Und es bedarf einer

zweifachen historischen Relektüre: Sie blickt zum einen auf die je besondere Geschichte jeder Nation und zum anderen auf die Geschichte dieser Nation in Europa.

Bei dieser Suche nach der allen Mitgliedsländern der Europäischen Union gemeinsamen Geschichte wird eines sehr schnell als allen gemeinsam zu erkennen sein: die Verwurzelung in der Geschichte des Christentums – in ihrer Entwicklung ebenso wie in ihren Wirren.

Für uns Bürger, die sich heute als Katholiken bekennen, wird jede Relektüre unserer Geschichte notwendigerweise eine ökumenische Dimension haben. Wir müssen um unser selbst willen zu dem gelangen, was Papst Johannes Paul II. „die Läuterung der Erinnerung“ nennt. Wir wissen, dass wir unsere Opfergabe nicht in einer friedvollen Gesinnung zum Altar bringen können, wenn wir gewärtigen müssen, dass einer unserer Brüder etwas gegen uns hat.¹¹ Hier liegt also der erste Beitrag, den wir als Katholiken zum Werden der Europäischen Union leisten können: friedfertig am gegenseitigen Verständnis einer zugleich konflikträchtigen und dennoch gemeinsamen Geschichte zu arbeiten.

In dieser Sicht wird die Erweiterung Europas nicht als ein einseitiges Geschenk seitens der Altmitglieder erscheinen. Wenn wir nicht in erster Linie und ausschließlich auf die wirtschaftlichen Anstrengungen blicken, deren es bedarf, damit die neuen Länder den Lebensstandard der alten erreichen, werden wir uns eine Perspektive des wechselseitigen kulturellen und geistigen Austauschs zu Eigen machen können.

Im Rahmen dieses Austauschs an Gaben besteht unser zweiter mög-

¹¹ Mt 5,23f: „Wenn du deine Opfergabe zum Altar bringst und dir dabei einfällt, dass dein Bruder etwas gegen dich hat, so lass deine Gabe dort vor dem Altar liegen; geh und versöhne dich zuerst mit deinem Bruder, dann komm und opfere deine Gabe.“

licher Beitrag darin, dass wir den Appell Johannes Pauls II. übernehmen, in dem er dazu aufruft, unsere Schuldigkeit gegenüber den jüngst vom Sowjetsystem befreiten Ländern zu tun. In seiner Enzyklika „Centesimus Annus“ schreibt der Papst: *„Die Hilfe der anderen, vor allem der europäischen Länder, die an dieser Geschichte teilgenommen haben und dafür Mitverantwortung tragen, entspricht einer Verpflichtung der Gerechtigkeit. Aber sie entspricht auch dem Interesse und dem allgemeinen Wohl Europas. Europa wird nicht in Frieden leben können, wenn die vielfältigen Konflikte, die als Folge der Vergangenheit aufbrechen, sich durch wirtschaftlichen Niedergang, geistige Unzufriedenheit und Verzweiflung verschärfen.“*¹²

¹² Centesimus Annus 28: „Für einige Länder Europas beginnt in gewissem Sinne die eigentliche Nachkriegszeit. Die radikale Neuordnung der bisherigen Kollektivwirtschaften bringt Probleme und Opfer mit sich, die sich mit jenen vergleichen lassen, die die westlichen Länder des Kontinents für ihren Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg auf sich nahmen. Es ist nur gerecht, daß die ehemals kommunistischen Länder in den derzeitigen Schwierigkeiten von der solidarischen Hilfe der anderen Nationen unterstützt werden. Natürlich müssen sie selbst die ersten Baumeister ihrer Entwicklung sein; aber es muß ihnen eine entsprechende Möglichkeit dazu geboten werden. Das kann nur mit der Hilfe der anderen Länder geschehen. Die derzeitige von Schwierigkeiten und Mangel geprägte Lage ist die Folge eines historischen Prozesses, in dem die ehemaligen kommunistischen Länder meist Objekt und nicht Subjekt waren. Sie befinden sich also nicht auf Grund ihrer freien Entscheidung oder auf Grund begangener Irrtümer in dieser Situation, sondern infolge tragischer geschichtlicher Ereignisse, die ihnen gewaltsam aufgezwungen wurden und die sie daran gehindert haben, den Weg der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung zu gehen.“

Dritter Teil

Wie können die Katholiken zum Aufbau Europas beitragen?

33. Speziell heute, nach dem Beitritt von zehn neuen Mitgliedsstaaten, muss das Projekt der Europäischen Union in jenem Geist neu belebt werden, der an seinem Beginn 1950 wirksam war und der die Erfahrung des Jahres 1989 möglich gemacht hat. Nachdem wir über diese beiden zentralen Zeitpunkte der europäischen Einigung reflektiert haben, müssen wir folgende Frage stellen: Wie sieht die Berufung der Union von heute aus? Ihre Neudefinition ist nicht allein die Sache von ein paar Verantwortungsträgern. Sie geht alle Bürger, alle Institutionen und alle Verbände unserer unterschiedlichen Länder an. Es gilt unter allen Umständen die Trennung zu überwinden, die zwischen den Eliten und der Masse der europäischen Bürger hat Platz greifen können. Wie können wir die Begeisterung unserer unterschiedlichen Völker für die europäische Sache und für die Idee der Brüderlichkeit unter allen wecken? Das ist die große Herausforderung, der wir uns heute stellen müssen.

Solche Fragen gehen alle Bürger der Union an. Die Katholiken haben keine „schlüsselfertigen“ Lösungen für die genannten Herausforderungen anzubieten. Aber sie wissen sich als Erben einer alten Tradition,¹³ die den europäischen Kontinent besonders stark geprägt hat.¹⁴ In dieser Eigenschaft wissen die europäischen

¹³ Es hat schon seine Bedeutung für uns, dass es ausgerechnet der Apostel Paulus war, der den Ruf hörte, „herüber nach Mazedonien“ zu kommen: „Dort hatte Paulus in der Nacht eine Vision. Ein Mazedonier stand da und bat ihn: Komm herüber nach Mazedonien und hilf uns!“ (Apg 16,9)

¹⁴ Vgl. die Rede von Johannes Paul II. vor dem Europaparlament vom 11. Oktober 1988.

Katholiken als vollberechtigte Bürger auch, dass sie die Verantwortung haben, diese Tradition, die sich auf verschiedenen Ebenen entfaltet, lebendig zu halten. Zusammen mit den anderen Bürgern müssen sie Antworten auf Fragen finden, die jedermann stellt. Aber sie können dies auf ganz eigene Weise, von ihren eigenen geistigen Ressourcen her tun. Dass die Europäische Union zu einem erheblichen Teil ihrer Geschichte, Kultur und Geistigkeit die Erbin des Christentums ist, verleiht den Bürgern christlichen Bekenntnisses keinerlei Privilegien. Aber das heißt nicht, dass sie nicht das Recht hätten, sich am Aufbau des künftigen Europa zu beteiligen. Ausgehend sowohl von der weit zurück reichenden Erinnerung der Kirche als auch von ihrer gegenwärtigen Erfahrung, möchten wir nunmehr einige Perspektiven für ein loyales Engagement der Katholiken in der europäischen Gesellschaft umreißen.

Wir versuchen dies in drei Schritten:

- ⇒ zuerst, indem wir schauen, wie die geistig-geistliche Erfahrung der Gläubigen das Engagement von gewissenhaften europäischen Bürgern begründen kann;
- ⇒ sodann, indem wir einige der speziellen Beiträge skizzieren, welche die katholischen Gemeinschaften zur Lebendigkeit der Europäischen Union leisten können;
- ⇒ und schließlich, indem wir einige Hauptachsen der christlichen Tradition nachzeichnen, die für die Zukunft Europas richtungweisend sein könnten.

A.

Eine Ethik für das Leben der Christen: die Seligpreisungen als Grundcharta

34. Die Bilanz der Geschichte, die wir in den ersten beiden Teilen unseres Textes unternommen haben, hat deutlich gemacht, dass die Europäische Union auf einem geistigen Fundament aufruhte, dessen Hauptbestandteile Verzeihen, Versöhnung, persönliches und

gemeinsames Engagement in Gewaltlosigkeit sind.

Dies sind Haltungen, die keine persönliche Zugehörigkeit zum christlichen Glauben voraussetzen. Umgekehrt müssen wir mit Bedauern sagen, dass wir Christen nicht immer auf der Höhe dieser Forderungen sind, selbst wenn wir uns auf den Glauben an Christus berufen. Doch wir dürfen uns nicht von unserem eigenen Versagen einschüchtern lassen. Wir können nämlich auch feststellen, dass unser Bürgerengagement nicht das wäre, was es ist, wenn es sich nicht aus einer lebendigen spirituellen Erfahrung speiste. Der Wille, in einem konkreten Engagement für die Menschen unserer Umgebung durchzuhalten, verlangt eine starke Überzeugung von uns. Diese kann sich nur in einer spirituellen Grunderfahrung und in einer soliden Gewissensbildung formen.

Als wir Jünger Jesu von Nazareth wurden, sind wir damit nicht in eine politische Partei oder in einen Verein mit kulturellem Zweck eingetreten. Wir sind seine Jünger geworden, weil wir in ihm den von Israel ersehnten Messias erkannt haben, den von Johannes dem Täufer ausgerufenen Retter, den gekreuzigten und auferstandenen Herrn, den die Apostel in der ganzen Welt verkündigt haben. Der christliche Glaube als solcher fordert zu einer Bekehrungserfahrung auf. Und wir treten in die Fußstapfen Christi, um mit ihm und in ihm aus dem Tod in das Leben des Gottesreichs hinüberzugehen.

Doch dass wir uns anschicken, in der Nachfolge Christi und in der Dynamik des Geistes, den er uns geschenkt hat, zu leben, macht uns nicht zu vaterlandslosen Gesellen. Wir bleiben ganz wesentlich Bürger unseres Landes oder des Landes, das uns aufgenommen hat. Die christliche Identität, die sakramentalen Charakters ist, gehört einer anderen Ordnung an als die bürgerliche Identität; sie steht nicht im Widerspruch zu dieser. Wir träumen nicht davon, einen christlichen

¹⁵ Röm 13,5: „Deshalb ist es notwendig, Gehorsam zu leisten, nicht allein aus Furcht vor der Strafe, sondern vor allem um des Gewissens willen.“

Staat im Staate zu bilden; wir wollen als gewissenhafte Bürger leben, gemäß der Mahnung des Apostels Paulus.¹⁵ Aber deshalb sind wir noch lange keine willfähigen Bürger: Wir wissen, dass die menschlichen Gesetze der Gerechtigkeit dienen sollen.

Mit anderen Worten: Der christliche Glaube verlangt nicht von uns, die Realitäten des Alltagslebens mit Verachtung zu strafen, vielmehr verpflichtet er uns, uns so redlich und ernsthaft wie nur möglich auf sie einzulassen. Jeder Jünger Christi ist aufgefordert, sich zum Diener seiner Brüder und Schwestern in der Menschheit zu machen, alle seine Gaben in den Dienst am Gemeinwohl des Ortes zu stellen, an dem er lebt.¹⁶ In dieser Hinsicht sind das Gleichnis vom barmherzigen Samariter¹⁷ und die Rede vom Jüngsten Gericht¹⁸ ganz eindeutig: Indem wir uns in den Dienst der leidenden Menschheit stellen, führen wir den Beweis, dass wir wahrhaft Christus anhängen.

35. In unserer gläubigen Erfahrung finden wir eine Aufforderung zum Dialog mit den anderen. Dieser Dialog ist keine Forderung, die unserem Glauben von außen übergestülpt würde. Er hängt zuinnerst mit ihm zusammen; denn wir entdecken, dass wir alle zur selben, von Gott geschaffenen und durch das bleibende Geschenk des Sohnes erlösten Menschheit gehören.

Für unser christliches Gewissen und Bewusstsein kann es also keinen Widerspruch a priori geben zwischen unserem Engagement im Glauben, unserem Willen, im geschwisterlichen Dialog mit denen zu leben, die unsere religiösen Überzeugungen nicht teilen, und unserem Bemühen um einen Beitrag zum Wohl der ganzen Menschheit.

Wenn wir in Übereinstimmung mit unserer Verkündigung leben wollen, müssen wir die Haltungen und das Verhalten finden, die in

¹⁶Vgl. das Gleichnis von den Talenten: Mt 25, 15ff.

¹⁷Lk 10, 25–37.

¹⁸Mt 25, 31–46.

unserem Alltag die Lehren Christi umsetzen. Wir wissen zwar, wie der Apostel Paulus sagt, dass wir einen Schatz in zerbrechlichen Gefäßen tragen.¹⁹ Doch unsere Schwachheit und unsere Inkonsequenz dürfen uns nicht als Alibi dafür dienen, dass wir diese Botschaft nicht mehr weitertragen.

Deren Herzstück liegt für uns Christen in der Bergpredigt.²⁰ In den Seligpreisungen kommt ganz klar zum Ausdruck, worum es den Christen vor allem gehen muss. Sie sind Fundament und Horizont des christlichen Lebens. Wenn Christen sich bemühen, von diesem Fundament her und unter diesem Horizont zu leben, leisten sie den besten Beitrag zum Aufbau Europas und der Welt.

Selig, die arm sind im Geist!

Selig die Trauernden!

Selig die Sanftmütigen!

Selig, die hungern und dürsten nach der Gerechtigkeit!

Selig die Barmherzigen!

Selig, die ein reines Herz haben!

Selig, die Frieden stiften!

Selig, die um der Gerechtigkeit willen verfolgt werden!

Solche Aussagen sind sicherlich nicht dazu geeignet, als Basis für ein politisches Programm zu dienen. Aber selig die Völker, deren Regierungen, Beamte und aktive Bürger sich von diesen Appellen inspirieren lassen und die Seligpreisungen zu ihrer Lebenscharta machen!

B.

Eine Gemeinschaft von Teilkirchen

36. Als wir Jünger Jesu von Nazareth geworden sind, sind wir auch Mitglieder einer Gemeinschaft, nämlich der katholischen Kirche,

¹⁹ 2 Kor 4, 7.

²⁰Mt 5, 1 – 7, 29; sowie die Feldrede Lk 6, 20–49.

geworden. Diese Gemeinschaft blickt in Europa auf eine lange Tradition zurück. Sie weist zahlreiche und vielfältige, bekannte oder anonyme Beispiele von Heiligkeit auf, die Gott im Lauf der Jahrhunderte in ihr erweckt hat. Sie leidet aber auch unter all den Antizeugnissen, die sie im Lauf derselben Geschichte abgelegt hat. Doch genauso wenig wie jeder Einzelne von uns darf sich die Kirche vom Gewicht der von ihren Mitgliedern begangenen Fehler niederdrücken lassen. Sie lebt von der Dynamik des Geistes, der sie führt, und hat nicht das Recht, die Verkündigung der Botschaft vom Auferstandenen zu verweigern.

Die primäre Sendung der Kirche ist es nicht, an der Erstellung eines politischen Modells mitzuwirken. Ihre primäre Sendung ist es vielmehr, zu evangelisieren, das heißt, den Glauben darzubieten und allen Menschen die Frohe Botschaft vom Heil zu verkünden. Die Reflexion, die wir hier anstellen, will nicht die unmittelbar pastoralen Optionen der Kirche behandeln; so viel lässt sich aber sagen: Gerade indem sie ihre primäre Sendung erfüllt, leistet die Kirche zugleich einen bedeutsamen Beitrag zur Einheit des ganzen Menschengeschlechts (vgl. Vatikanisches Konzil, Lumen Gentium Nr. 1).

Genau deshalb beschränkt sich das Engagement der Katholiken im Entwicklungsprozess der Europäischen Union nicht auf den ganz persönlichen Einsatz der Bürger, die sich als Katholiken bekennen. Es vollzieht sich vielmehr auch auf vielfältige Weise auf der Ebene der Laienbewegungen (etwa der „Semaines Sociales“), der kirchlichen Dienste und der Arbeit der Diözesen.

Wir können das Raster der verschiedenen Beiträge, die das Netzwerk der Diözesen zur Lebenskraft der europäischen Gesellschaft leistet, nur skizzieren. Der knappe Hinweis auf die Bibliotheken, die Universitäten, die religiösen Bildungseinrichtungen und die Jugendbewegungen genügt schon, um zu ahnen, welchen Anteil die

Kirche an der Erziehung und Bildung der künftigen Bürger der Union hat. Genauso trägt das Netz der karitativen Werke und Krankenhäuser erheblich zum Alltagsleben unserer Mitbürger bei. Indem sie den Zusammenhang zwischen diesen verschiedenen Instanzen pflegt, hilft die Kirche, ein gemeinsames Bewusstsein unter allen ihren Mitgliedern zu entwickeln. So tut sie das Ihre zum Entstehen einer europäischen Kultur und Bürgerschaft.

Doch wir müssen noch einen Schritt weiter gehen. Die Kirche trägt nicht nur durch ihre Dienste im Bereich der Pädagogik, der Kultur, des humanitären Handelns und des Krankenhauswesens zur Lebensfähigkeit der europäischen Gesellschaft bei. Sie tut es auch durch ihre sakramentale Tätigkeit im eigentlichen Sinn. Indem sie alle Europäer, die dies wollen, zu einer Grunderfahrung der Innerlichkeit einlädt, indem sie ihnen einen lebendigen Kontakt mit dem Evangelium ermöglicht und in ihrer näheren Umgebung Gemeinschaften, wie etwa die Pfarreien, die Bewegungen und die Orden, unterhält, hat die Kirche ihren Anteil an der Qualität der sozialen Bindung und an der Heranbildung freier und verantwortungsbewusster Bürger.

Man kann die Analyse noch fortführen: Die christlichen Gemeinschaften haben allein durch ihre Existenz das Alltagsleben der europäischen Gesellschaft geprägt und tun das immer noch. Allen, die es wünschen, bieten sie eine Lebensform an, die auf das Gleichgewicht zwischen Aktion und Kontemplation, zwischen der Zeit des Engagements und der Zeit des Gebets ausgerichtet ist. Sie vermitteln der gesamten Gesellschaft einen Atemrhythmus, indem sie auf der Bedeutung des Sonntags beharren. Mit ihrem liturgischen Kalender regt die Kirche dazu an, jenes Moment des Determinismus zu korrigieren, das die schlichte Unterwerfung unter den Rhythmus der klimatischen Jahreszeiten beinhalten könnte. Dadurch, dass sie die Etappen unseres Lebenswegs mit dem Leben einer ganz

bestimmten Person, nämlich Jesu Christi, identifiziert, setzt sie allgemein gültige Richtpunkte für die ganze Menschheit.

Und schließlich: Die Sakramente, die die großen Stationen des Lebensweges in den Zusammenhang mit unserer Begegnung mit Christus stellen, geben den Momenten, die wir durchschreiten, eine lineare Richtung, die uns Hoffnung zu eröffnen und uns von der zyklischen Wiederkehr der Zeit zu frei zu machen vermag.

37. Durch ihre Weihe werden die Bischöfe als Nachfolger der Apostel in die Gemeinschaft der Bischöfe aufgenommen und werden durch das Amt des Nachfolgers Petri in der Kommunion gehalten. Sie sind von daher angehalten, für die ganze Kirche Sorge zu tragen und nicht nur für die Teilkirche, die Diözese, die ihnen anvertraut ist. Um diesen Aspekt ihres Amtes für Europa auszuüben haben sich die katholischen Bischöfe am 24. März 1971 eine gemeinsame Einrichtung der Bischofskonferenzen geschaffen, den Rat der Europäischen Bischofskonferenzen CCEE, der über ein ständiges Sekretariat im schweizerischen Sankt Gallen verfügt. Die Präsidenten der 34 Bischofskonferenzen treffen sich regelmäßig zu einer Vollversammlung, um ihre gemeinsamen pastoralen Fragen zu erörtern.

Es gibt also einen Unterschied zwischen der Zahl der vom CCEE erfassten und der Zahl der in der COMECE vertretenen Bischofskonferenzen. Der CCEE entspricht den Mitgliedsländern des Europarats mit Sitz in Straßburg, während die COMECE sich aus den Bischöfen zusammensetzt, die von den Bischofskonferenzen in den Mitgliedsländern der Europäischen Union entsandt werden. Die Empfehlungen, die Papst Johannes Paul II. in seinem Apostolischen Schreiben „Ecclesia in Europa“ vom Juni gegeben hat, richten sich jedoch an alle Bischofskonferenzen von Europa. Sie sollen gemeinsam die Wege zu einer immer tieferen Gemeinschaft suchen. Es verdient

Beachtung, dass schon der Titel des Apostolischen Schreibens nicht auf eine Vielzahl von Teilkirchen abzielt, sondern auf „die Kirche in Europa“. Es ist Sache aller dieser Teilkirchen, bei allen Katholiken in Europa das Bewusstsein zu fördern, dass sie der einen Kirche Christi angehören.

So gesehen müssen sich alle Katholiken in Europa überlegen, wie sie gemeinsam Rechenschaft ablegen können über die Hoffnung, die in ihnen ist.²¹ Sie müssen der Entwicklung der europäischen Gesellschaft Rechnung tragen, damit ihr Zeugnis in der Kultur von heute überhaupt aufgenommen werden kann. Pädagogisch gesehen wird es eine Entsprechung zwischen dem Bemühen der europäischen Katholiken um ein besseres Verständnis der Einheit der Kirche und dem wachsenden Bewusstsein ihrer Zugehörigkeit zu einem Kontinent auf dem Weg zur kulturellen und politischen Einheit geben müssen.

38. *Das ökumenische Engagement der Kirchen*

Es ist unmöglich, sich auf das christliche Erbe in Europa zu berufen, ohne zugleich anzuerkennen, dass dieses Erbe dramatische Momente beinhaltet, jene nämlich, die mit der Spaltung der christlichen Kirchen zusammenhängen. Die Geschichte Europas hat in der Tat nicht nur mit der Trennung zwischen Ost und West zu tun, sondern ebenso sehr mit den Spaltungen und Bruderkriegen, die im Westen auf die Reformation folgten. Das uns abverlangte Bemühen um die „Läuterung der Erinnerung“ betrifft folglich in erster Linie die Religionsgeschichte unseres Kontinents.

Umgekehrt wird jeder Fortschritt in Richtung auf ein besseres gegenseitiges Verständnis unter Christen ein besseres Verständnis zwischen den Ländern fördern, die jetzt die Europäische Union bilden. Wir können hier an die Vereinbarungen der christlichen Kirchen in

²¹ 1 Petr. 3,15: „... haltet in eurem Herzen Christus, den Herrn, heilig! Seid stets bereit, jedem Rede und Antwort zu stehen, der nach der Hoffnung fragt, die euch erfüllt“.

Europa bei den ökumenischen Versammlungen von Basel 1989 und von Graz 1997 erinnern. Am 22. April 2001 haben dieselben Kirchen in Strassburg die ‚Charta oecumenica‘ unterzeichnet. Gegenwärtig bereiten sie sich auf eine neue ökumenische Versammlung vor, die für 2007 in Sibiu in Rumänien geplant ist.

Der ökumenische Dialog kann auch zu einer besseren Integration der Mitgliedsländer der Union bzw. der Beitrittskandidaten beitragen, sofern gewahrt ist, dass Konfessionen nicht von den politisch Verantwortlichen instrumentalisiert werden, und umgekehrt. Das zeigt sich insbesondere auf dem Balkan.

39. *Ein zu fördernder Dialog*

Ebenso müssen alle Katholiken – ob Einzelpersonen oder Kirchen – die Gelegenheiten zum Dialog mit den Mitgliedern der anderen Religionen und mit den nicht religiös gebundenen Bürgern nutzen. Wir wissen zwar sehr wohl, dass es leichter gesagt als getan ist, aber wir wollen die Dynamik der Evangelisierung und den uneigennütigen Dienst an der menschlichen Gemeinschaft nicht gegeneinander ausspielen, vorausgesetzt, dass sich beide im gegenseitigen Respekt und im Rahmen der staatlich garantierten Religionsfreiheit vollziehen. Was diesen letzten Punkt angeht, müssen wir uns bewusst sein, dass sich die Haltung und die Lehre der katholischen Kirche im Lauf der Jahrhunderte verändert haben. So wie die Länder unterschiedlich sind, können auch die Geschichte und die Empfindungen und Empfindlichkeiten der Katholiken sehr unterschiedlich sein. Dass dem so ist, kann nur umso dringlicher werden lassen, dass wir alle unsere jeweiligen Landesgeschichten und unsere gemeinsame europäische Geschichte neu buchstabieren.

Heute dürfen wir uns darüber freuen, dass die katholische Kirche mit der Erklärung „Dignitatis humanae“ des Zweiten Vatikanischen Konzils das Recht jedes Menschen auf eine uneingeschränkte

Religionsfreiheit voll und ganz anerkannt hat. Eine solche Aussage erlaubt uns, rückhaltlos der Charta der Grundrechte zuzustimmen, die die Europäische Union im Vertrag von Nizza im Jahr 2000 angenommen und dann in den Verfassungsvertrag integriert hat.

Damit sind die Katholiken in Europa nun umso freier, alle ihre Mitbürger zu einem uneigennütigen Dialog über alle Fragen um das Gemeinwohl der Union einzuladen. Wenn wir fähig sind, den dunklen Teil unserer Geschichte zu sehen und anzuerkennen, können wir umso besser den Schatz an Weisheit ausbreiten, den wir im Lauf von zwei Jahrtausenden erworben haben und der in dem kondensiert ist, was man gemeinhin „Soziallehre“ der Kirche nennt.

C.

Die Soziallehre der Kirche als mögliche Inspirationsquelle für den Aufbau Europas

40. Es ist natürlich unmöglich, hier alle Äußerungen der Soziallehre der katholischen Kirche aufzugreifen. Wir beschränken uns darauf, drei Momente hervorzuheben, die uns im Blick auf die Entwicklung der Europäischen Union grundlegend zu sein scheinen. Es sind

- ⇒ der Bezug zur Geographie und zur Kultur, oder: die Einheit in der Vielfalt;
- ⇒ die Unterscheidung zwischen den politischen Institutionen und den religiösen Gemeinschaften;
- ⇒ der Unterschied im Verhältnis zur Geschichte.

41. *Vielfalt und Einheit: Den Katholiken und der katholischen Kirche in Europa liegt die europäische Integration in vielfacher und unterschiedlicher Hinsicht am Herzen*

Den fünfundzwanzig Mitgliedsstaaten der derzeitigen Europäischen Union entsprechen einundzwanzig Bischofskonferenzen sowie das

Erzbistum Luxemburg. Die Staatsgrenzen fallen nicht immer genau mit denen der kirchlichen Strukturen zusammen. So gehören beispielsweise zur Irischen Bischofskonferenz sowohl die Bischöfe der Republik Irland als auch die aus Nordirland, und in Großbritannien bestehen zwei Bischofskonferenzen (England und Wales sowie Schottland). Die Nordische Bischofskonferenz umfasst die Bischöfe der drei nordischen Mitgliedsländer der EU sowie Norwegen und Island. Mit der Erweiterung der Europäischen Union um zehn neue Mitgliedsländer gibt es acht weitere Bischofskonferenzen auf dem Gebiet der Europäischen Union. Es reicht aus, einen Blick auf eine Landkarte der Europäischen Union zu werfen, um die Vielfalt der geschichtlichen und gegenwärtigen Situationen der Katholiken zu ermessen. Als katholische Christen sind wir vom Integrationsprozess auf vielfache und unterschiedliche Art und Weise betroffen:

als Bürger der westeuropäischen Staaten, die schon längere Zeit Mitglieder der Europäischen Union sind, wie als Bürger der Staaten Mittel- und Osteuropas, die erst kürzlich der Europäischen Union beigetreten sind;

als Angehörige von Nationen mit katholischer Mehrheit wie als Angehörige von Nationen, in denen Katholiken in der Minderheit sind;

als Vertreter der Generationen, die seit dem Zweiten Weltkrieg in einer Demokratie und unter rechtsstaatlichen Verhältnissen leben, wie als Vertreter der Generationen, die seit Kriegsende ihren katholischen Glauben unter einem autoritären oder totalitären Regime leben und praktizieren mussten;

als Angehörige von Gesellschaften, die zu den reichen in Europa zählen, wie solcher, die zu den armen gehören;

Wir können den Integrationsprozess zudem unterschiedlich deuten: als überzeugte Befürworter der europäischen Integration durch die

Europäische Union oder als Gegner dieses spezifischen Integrationsverfahrens, ganz zu schweigen von der großen Zahl der Gleichgültigen.

Die Katholiken in der Europäischen Union leben in sehr unterschiedlichen Verhältnissen und pflegen eine legitime Meinungsvielfalt; zugleich aber haben sie ein ausgeprägtes Bewusstsein für die Einheit und Universalität der Kirche. Die katholische Kirche hat nicht nur einen Erdteil im Blick, sondern ist sich ihrer universalen Verantwortung für die ganze Menschheit bewusst. Nach den Worten des Zweiten Vatikanischen Konzils ist sie „in Christus gleichsam das Sakrament, das heißt Zeichen und Werkzeug für die innigste Vereinigung mit Gott wie für die Einheit der ganzen Menschheit“.²²

Jesus Christus ist das Licht für alle Völker und für die gesamte Menschheit. Der Papst, der Bischof von Rom, hat den Auftrag, über die Einheit der Kirche zu wachen. Diese Offenheit für das Ganze zeigt sich gleichermaßen symbolisch wie konkret etwa bei den Pilgerfahrten nach Jerusalem, Rom oder Santiago de Compostela.

Die beständige Sorge um die Bewahrung der Vielfalt und der Einheit in der Kirche ist ein im täglichen Leben der Kirche schwer zu wahrendes Gleichgewicht. Ähnliches kann auch über das politische Leben gesagt werden. Dennoch muss diese Sorge in der Perspektive der Integration fort dauern. Hier findet das von der Kirche oft hervorgehobene Prinzip der Subsidiarität seinen Platz²³. Es handelt sich dabei um das erste Kennzeichen der christlichen Tradition, auf das wir aufmerksam machen möchten. Trotz vieler Unzulänglichkeiten kann diese Tradition gerade da zur Quelle der Inspiration für die europäische Integration werden, wo den europäischen Institutionen ein Mangel an Rücksichtnahme

²² Zweites Vatikanisches Konzil, Dogmatische Konstitution „Lumen Gentium“, Nr. 1.

²³ So wie 1931 von Papst Pius XI. in der Enzyklika „Quadragesimo Anno“ Nr. 79 definiert; vgl. auch die Ansprache von Johannes Paul II. vor den Parlamentspräsidenten der Europäischen Union vom 23. September 2000.

auf die kulturellen Besonderheiten in den einzelnen Mitgliedsstaaten vorzuwerfen ist.

42. *Die Katholiken in Europa sind sich einig in der Unterscheidung von Religion und Politik*

Als Christen ist uns die Überzeugung gemeinsam, dass zwar Politik nicht alles, wohl aber politisches Handeln wichtig für unseren Glauben und unser Glaube wichtig für unser politisches Engagement ist. Der katholische Glaube impliziert weder ein eng umrissenes politisches Konzept, noch verpflichtet er auf ein festes Regelwerk. Für uns gibt es kein vorgeprägtes Modell für die Gestaltung der politischen Gemeinschaft, keinen „christlich-konfessionellen Staat“.²⁴ Katholiken haben ihren Glauben in sehr unterschiedlichen politischen Konstellationen praktiziert und dabei jeweils durch ihr Leben Zeugnis abgelegt. Der christliche Glaube lässt sich nicht mit einer bestimmten politischen Ordnung identifizieren, wohl aber kann er Situationen und Verhaltensweisen namhaft machen, die mit der Lehre des Christentums nicht zu vereinbaren sind.

Wo wir Entscheidungen zu fällen haben, muss das letzte Kriterium die Sorge um das Gemeinwohl der Menschheit sein. Wir müssen fähig sein, die verschiedenen Ebenen unseres Handelns zu unterscheiden und

²⁴ In seiner Ansprache vor dem Europäischen Parlament sagte Papst Johannes Paul II.: „An dieser Stelle erscheint mir der Hinweis wichtig, dass das moderne Europa dem Nährboden des Christentums das Prinzip entnommen hat, das in den Jahrhunderten christlicher Herrschaft oft aus den Augen verloren wurde, aber auf ganz grundsätzliche Weise das öffentliche Leben Europas beherrscht: Ich meine damit das von Christus erstmals verkündete Prinzip der Unterscheidung zwischen dem ‚was des Kaisers‘ und dem ‚was Gottes‘ ist (vgl. Mt 22,21). Diese wesentliche Unterscheidung zwischen dem Bereich der Gestaltung der äußeren Ordnung des irdischen Staates und der Autonomie der Person wird jeweils deutlich vom Wesen der politischen Gemeinschaft her, zu der notwendigerweise alle Bürger gehören, und vom Wesen der religiösen Gemeinschaft her, zu der die Gläubigen freiwillig gehören“ (DC Nr. 1971 vom 6. November 1988).

den Maßnahmen, die ja immer nur vorläufig bleiben, so viel Gewicht zu geben, wie sie verdienen. Denn genau hier, im konkreten Engagement, erweist sich, ob wir zu unserer geistlichen Erfüllung gelangen.

Die Unterscheidung zwischen dem „Zeitlichen“ und dem „Geistlichen“, die das Zweite Vatikanische Konzil in seiner Erklärung über die Religionsfreiheit nochmals klar gemacht hat, ist das zweite Charakteristikum der christlichen Tradition, das dieses Dokument herausstellen möchte. Es ist nicht nur wichtig für das Ausbalancieren der Beziehung zwischen Kirche und Staat in der Europäischen Union, sondern betrifft ebenso die verschiedenen Vereinigungen wie die Bürger in ihrer persönlichen Verantwortung. Wenn die katholische Kirche so großes Gewicht auf ihre Autonomie bei der Regelung ihrer inneren Angelegenheiten legt, dann deshalb, weil sie der Überzeugung ist, der Staat müsse anerkennen, dass er in Fragen, die mit dem Gewissen seiner Bürger zu tun haben, keine Kompetenz besitzt; und das gilt sowohl auf regionaler und nationaler wie auf europäischer Ebene. Gemäß dem Grundsatz der Subsidiarität liegt die Verantwortung in den entsprechenden Bereichen bei den Bürgern oder ihren Zusammenschlüssen, in letzter Instanz beim wohlinformierten Gewissen.

Die Missachtung dieses Grundsatzes hat immer schwer wiegende Folgen. So ist möglicherweise die derzeit vielerorts zu beobachtende „Entzauberung“ der Politik eine Gegenbewegung zu überzogenen Erwartungen an den Staat, die nach dem Zweiten Weltkrieg in beiden Teilen Europas entstanden. Diese Erwartungen konnten nur enttäuscht werden, weil die Politik nicht alles regeln kann und keine Allzuständigkeit besitzt.

43. *Den Katholiken in Europa ist die Überzeugung gemeinsam, dass die Dynamik des Glaubens und der Einsatz für das Gemeinwesen in Erwartung der Ankunft des Gottesreiches zusammengehören*

Unser Nachdenken und unser politisches Engagement sind in der Perspektive christlicher Hoffnung verankert. Diese Hoffnung lässt sich charakterisieren als „eschatologisch“, das heißt auf die letzten Fragen des Menschen und der Menschheit bezogen; sie ist nicht im Sinne der politischen „Messianismen“ und Utopien zu verstehen. Die Vertreter eines irdischen Messianismus entwerfen eine Zukunft, deren Umrisse sich ganz schnell ändern können, die aber in jedem Fall im Horizont der Geschichte zu erwarten ist. Christen dagegen setzen ihr Vertrauen auf das Reich Gottes, das ganz nahe ist, sich aber noch nicht vollends manifestiert hat.²⁵ In ihrem Alltagsleben sind sie offen für eine Zukunft, von der sie wissen, dass sie in Gottes Hand liegt.²⁶ Diese Offenheit für die nicht vorauszurechnende Initiative Gottes hat durchaus orientierende Kraft: Das beeindruckende Beispiel Jesu Christi inspiriert uns; Vernunft und Erfahrung verwurzeln uns in der Gegenwart; die Seligpreisungen der Bergpredigt sind unser Manifest der Nächstenliebe; das Vertrauen darauf, dass unsere Wege zu Gott hinführen, trägt unser Handeln. *Die Absage an politische Messianismen und die Verankerung in einer eschatologischen Hoffnung sind ein drittes Charakteristikum der christlichen Tradition.* So können wir das schon Erreichte anerkennen und gleichzeitig an einer weiteren Verbesserung der gesellschaftlichen Realität arbeiten. Aber dabei leitet uns nicht die

²⁵ „Nach Christus ist es nicht mehr möglich, die Gesellschaft als kollektive, den Menschen und sein unerbittliches Schicksal verschlingende Größe zu vergöttern. Die Gesellschaft, der Staat, die politische Macht gehören zur sich ändernden und stets vervollkommnungsfähigen Ordnung dieser Welt. Kein gesellschaftliches Projekt wird jemals das Reich Gottes, das heißt die eschatologische Vollendung auf dieser Erde errichten können. Die politischen Messianismen münden meistens in die schlimmsten Tyrannen. Die Strukturen, die die Gesellschaften sich geben, sind niemals endgültig; sie können auch nicht durch sich selbst dem Menschen alle Güter verschaffen, nach denen er strebt. Insbesondere können sie nicht das Gewissen des Menschen und auch nicht seine Suche nach der Wahrheit und nach dem Absoluten ersetzen (Johannes Paul II. vor dem Europäischen Parlament; DC Nr. 1971).

²⁶ Mt 24, 43f: „Bedenkt: Wenn der Herr des Hauses wüsste, zu welcher Stunde in der Nacht der Dieb kommt, würde er wach bleiben und nicht zulassen, dass man in sein Haus einbricht. Darum haltet auch ihr euch bereit! Denn der Menschensohn kommt zu einer Stunde, in der ihr es nicht erwartet.“

Illusion, wir könnten die Geschichte zum Abschluss führen: Dem christlichen Glauben zufolge bleibt sie offen für die Initiative Gottes.

44. *Ebenso wenig wie alle anderen Bürger Europas verfügen die Katholiken über einen Bauplan für die Zukunft*

Die Europäische Union befindet sich derzeit in einer Umbruchphase, nicht nur aufgrund des Beitritts neuer Mitgliedstaaten, sondern auch hinsichtlich ihrer Institutionen und Handlungsfelder. Dieser tief greifende Wandlungsprozess geht uns alle an.

In diesem komplexen Gefüge erscheint die katholische Kirche als ein Akteur unter anderen, auch wenn die herausragende Bedeutung des Christentums für das Werden Europas unterstrichen werden muss.²⁷ Europa kann nicht ohne die gestaltgebende Rolle verstanden werden, die die Christen in seiner Geschichte gespielt haben. Auch wenn heute in der öffentlichen Debatte eine diffuse Form des Agnostizismus vorzuherrschen scheint, wird christlichen Überzeugungen noch immer von vielen eine Rolle zugestanden; gleiches gilt aber auch für die Juden, die Muslime oder die Anhänger anderer Religionsgemeinschaften.

Umgekehrt sind in der Europäischen Union Christen, Juden, Muslime und Angehörige anderer Religionsgemeinschaften wie alle Bürger von den Regeln des Gemeinsames Marktes, von der Währungspolitik oder den anderen Gemeinschaftspolitiken ebenso betroffen wie von Fragen

²⁷ Vgl. *Ecclesia in Europa*, Nr. 108: „Gewiss steht außer Zweifel, dass der christliche Glaube tief greifend und maßgebend zu den Fundamenten der europäischen Kultur gehört. Das Christentum hat in der Tat Europa dadurch gestaltet gegeben, dass es ihm einige grundlegende Werte einprägte. Selbst die europäische Moderne, die der Welt das demokratische Ideal und die Menschenrechte gegeben hat, schöpft die eigenen Werte aus seinem christlichen Erbe. Eher als ein geographischer Raum lässt sich Europa als ‚ein vorwiegend kultureller und historischer Begriff‘ bestimmen, ‚der eine Realität kennzeichnet, die als Kontinent auch dank der einigenden Kraft des Christentums entstanden ist, das es verstanden hat, unterschiedliche Völker zusammenzuführen, und das eng mit der gesamten europäischen Kultur verbunden ist‘.“

im Zusammenhang mit der Charta der Grundrechte. Auch der Abschluss von Handelsverträgen ist Teil der gemeinschaftlichen Politik, und selbst die Art und Weise, in der die Beziehungen zu den ärmsten Ländern und der Umgang mit Flüchtlingen geregelt werden, wird mehr und mehr zur Aufgabe der gemeinschaftlichen Politik. Zudem darf man nicht vergessen, dass die Christen, aber auch die Juden, die Muslime und die Angehörigen anderer Religionsgemeinschaften Nichteuropäern begegnen, die ihrer jeweiligen Kirche oder Glaubensgemeinschaft angehören. Deshalb sollten sich alle, deren Interesse den ethischen Leitlinien für die internationale Politik gilt, aktiv an der Entwicklung der europäischen Strukturen wie an der internationale Politik der Europäischen Union beteiligen können.

Für Christen haben die mit den notwendigen Veränderungen auf dem Weg der europäischen Integration verbundenen politischen Herausforderungen eine geistig-geistliche Dimension. Christsein bedeutet Pilger zu sein.²⁸ Die Aufforderung, als Pilger zu leben, wirft ein besonderes Licht auf unsere Verantwortung als Bürger und engagierte politische Akteure. Unser Weg hin zum Reich Gottes lässt sich nicht von unserem Engagement im Dienst an der politischen Gemeinschaft trennen: Solche Hoffnung eröffnet uns eine gemeinsame Zukunft und lädt dazu ein, bei jedem Schritt nach dem besseren Weg zu fragen. Konkret gesprochen ist es unsere Aufgabe, die Wege eines Europa zu entwerfen, das sich durch Stabilität, Frieden und die Achtung vor der Würde der Personen, besonders der Schwächsten, auszeichnet und nicht nur seinen eigenen Bürgern, sondern auch der ganzen Welt dient.

Auf diesem Fundament und unter diesem Horizont und in unserem christlichen Gewissen und Bewusstsein finden wir eine große Freiheit, die uns paradoxerweise für einen Stil und Rhythmus des Lebens in Gemeinschaft optieren lässt, denn wir wissen, dass die Qualität unserer Treue zu Christus an der Qualität der Bindungen gemessen

²⁸ Phil 3,20: „Unsere Heimat aber ist im Himmel. Von dorthier erwarten wir auch Jesus Christus, den Herrn, als Retter.“

wird, die wir mit unseresgleichen unterhalten. Diese Anforderung sollte für alle Christen in Europa ein Ansporn sein, ohne dass sie sich deshalb von den anderen Bürgern absondern. In diesem Punkt dürfen wir uns die freudige Haltung zu Eigen machen, die den berühmten Diognetbrief durchzieht: *„Denn die Christen unterscheiden sich nicht durch Land, Sprache oder Sitten von den übrigen Menschen. Denn nirgendwo bewohnen sie eigene Städte, noch bedienen sie sich irgendeiner abweichenden Sprache, noch führen sie ein auffallendes Leben. Gewiss ist nicht durch irgendeinen Einfall und Gedanken geschäftiger Menschen diese ihre Art von Wissenschaft von ihnen erfunden, noch vertreten sie eine menschliche Lehrmeinung, wie es manche tun. Obwohl sie griechische und barbarische Städte bewohnen, wie es einen jeden traf, und die landesüblichen Sitten befolgen in Kleidung und Kost sowie im übrigen Lebensvollzug, legen sie doch eine erstaunliche und anerkanntermaßen eigenartige Beschaffenheit ihrer Lebensführung an den Tag.“*²⁹

²⁹ Schrift an Diognet 5,1–4, eingel., hrsg., übertr. u. erl. v. K. Wengst, Darmstadt 1984.

Schluss

45. So aufmerksam die katholische Kirche den Fortschritt und die Entwicklung der europäischen Union auch verfolgt, darf sie doch nicht vergessen, dass ihre Sendung sich weit über die Grenzen Europas hinaus erstreckt und der gesamten Menschheitsfamilie gilt.

Durch die Eröffnung einer Nuntiatur bei den europäischen Institutionen am 10. November 1970 machte der Heilige Stuhl die Wertschätzung deutlich, die er dieser historisch einzigartigen Leistung entgegenbringt.³⁰ Die Europäische Union stellt zwar keinen Staat im strengen Wortsinn dar, der Heilige Stuhl hat aber trotzdem Wert darauf gelegt, bei ihren Instanzen durch einen höchstrangigen Repräsentanten vertreten zu sein.

Umgekehrt ist natürlich klar, dass diese Anerkennung die Europäische Union in eine Reihe mit den anderen internationalen Institutionen stellt. Bei all ihrer Einzigartigkeit darf die Europäische Union nicht vom Rest der Welt absehen. Sie steht im Dienst des Friedens und der Entwicklung für die Völker, die sie bilden, hat aber auch eine Vermittlerfunktion im Dienst am Frieden und an der Entwicklung aller Völker dieser Erde.

Weil sie auch Staaten umfasst, die eine wichtige Rolle in der Kolonialgeschichte gespielt haben, tritt die Europäische Union in gewisser Weise in eine Verantwortung für alle Völker ein, die sich von der kolonialen Bevormundung emanzipiert haben. In dieser Hinsicht sind besonders die vom Partnerschaftsgedanken getragenen Beziehungen zu den anderen regionalen Einheiten wichtig.

³⁰ Diese Aufgabe wurde zunächst dem Apostolischen Nuntius in Belgien anvertraut und von ihm bis zum Juni 1996 ausgeübt. Seitdem unterhält der Heilige Stuhl eine eigenständige Nuntiatur bei den Europäischen Gemeinschaften.

Übrigens gehören zur Europäischen Union auch zwei Staaten, die über die Atombombe verfügen. Daraus erwächst ihr eine besondere Verantwortung innerhalb der internationalen Gemeinschaft und der UNO. Aus allen diesen Gründen können wir zum Abschluss unserer Überlegungen über die Verantwortung der Katholiken beim Werden der Union unsere Leser eigentlich nur auf das Apostolische Schreiben „Ecclesia in Europa“ verweisen. Dort lesen wir in der Nr. 111: *„Wenn man ‚Europa‘ sagt, soll das ‚Öffnung‘ heißen. Trotz gegenteiliger Erfahrungen und Anzeichen, an denen es wahrlich nicht gefehlt hat, ist es die Geschichte Europas selbst, die dies einfordert: ‚Europa ist in Wirklichkeit kein geschlossenes oder isoliertes Territorium; es hat sich dadurch aufgebaut, dass es über die Meere hinweg auf andere Völker, andere Kulturen, andere Zivilisationen zugegangen ist.‘ Daher muss es ein offener und gastfreundlicher Kontinent sein, der in der aktuellen Globalisierung weiterhin Formen nicht nur wirtschaftlicher, sondern auch sozialer und kultureller Zusammenarbeit umsetzt.*

Es gibt eine Forderung, auf die der Kontinent positiv antworten muss, damit sein Gesicht tatsächlich neu ist: ‚Europa kann sich nicht auf sich selbst zurückziehen. Es kann und darf nicht völliges Desinteresse für den Rest der Welt zeigen, es muss sich im Gegenteil der Tatsache voll bewusst sein, dass sich andere Länder oder andere Kontinente von ihm mutige Initiativen erwarten, um den ärmsten Völkern die Mittel für ihre Entwicklung und ihre soziale Organisation anzubieten und eine gerechtere und brüderlichere Welt aufzubauen.‘ Die angemessene Ausführung dieses Auftrags verlangt ‚ein Überdenken der internationalen Zusammenarbeit im Sinne einer neuen Kultur der Solidarität. Als Same des Friedens verstanden, darf sich die Zusammenarbeit nicht auf Hilfe und Beistand beschränken und dabei gar noch auf Vorteile abzielen, die auf die zur Verfügung gestellten Finanzmittel zurückfließen. Statt dessen muss sie ein konkretes und greifbares Bemühen um Solidarität zum Ausdruck bringen, das die Armen zu Vorkämpfern ihrer eigenen Entwicklung macht und es möglichst vielen Personen erlaubt, in den

konkreten wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen, in denen sie leben, die Kreativität zu entfalten, die ein typisches Merkmal der menschlichen Person ist und von der auch der Reichtum der Nationen abhängt.“³¹

³¹Nachsynodales Apostolisches Schreiben *Ecclesia in Europa* Von Papst Johannes Paul II. No. 111

Anhang

Einführende Erklärung

„Sehr geehrte Herren,

Es bedarf jetzt nicht mehr nur der Worte, sondern einer Tat, einer kühnen Tat, einer konstruktiven Tat. Frankreich hat gehandelt, und die Folgen seiner Handlung können riesengroß sein. Wir hoffen, daß sie es sein werden.

Frankreich hat vor allem für den Frieden gehandelt. Damit der Friede wirklich seine Chance erhält, brauchen wir vor allem ein Europa. Fast auf den Tag genau fünf Jahre nach der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands vollzieht Frankreich den ersten entscheidenden Schritt zur europäischen Einigung und bezieht Deutschland mit ein. Die Situation in Europa wird dadurch vollständig verändert. Diese Veränderung wird weitere bis heute undenkbare Schritte ermöglichen. Aus all dem wird Europa hervorgehen, ein solide geeintes und gut aufgebautes Europa. Ein Europa, in dem der Lebensstandard dank der Zusammenlegung der Produktionen und einer Senkung der Preise durch die Ausdehnung der Märkte steigen wird.

Ein Europa, in dem Ruhr, Saar und französisches Kohlenrevier zusammenarbeiten, und von dem alle Europäer, ohne Unterschied von Ost und West und begleitet durch die Vereinten Nationen, und alle überseeischen Gebiete, insbesondere jene in Afrika, die vom alten Kontinent Entwicklung und Wohlstand erwarten, von ihrer friedlichen Arbeit Nutzen ziehen werden.

Deshalb diese Entscheidung und die Überlegungen, die sie inspiriert haben: „

Die Historische Erklärung Robert Schumans vom 9. Mai 1950

Der Friede der Welt kann nicht gewahrt werden ohne schöpferische Anstrengungen, die der Grösse der Bedrohung entsprechen.

Der Beitrag, den ein organisiertes und lebendiges Europa für die Zivilisation leisten kann, ist unerlässlich für die Aufrechterhaltung friedlicher Beziehungen. Frankreich, das sich seit mehr als 20 Jahren zum Vorkämpfer eines vereinten Europa machte, hat immer als wesentliches Ziel gehabt, dem Frieden zu dienen. Europa ist nicht zustande gekommen, wir haben den Krieg gehabt.

Europa lässt sich nicht mit einem Schlage herstellen und auch nicht durch eine einfache Zusammenfassung: Es wird durch konkrete Tatsachen entstehen, die zunächst eine Solidarität der Tat schaffen. Die Vereinigung der europäischen Nationen erfordert, dass der jahrhundertalte Gegensatz zwischen Frankreich und Deutschland ausgelöscht wird. Das begonnene Werk muss in erster Linie Deutschland und Frankreich erfassen.

Zu diesem Zweck schlägt die französische Regierung vor, in einem begrenzten, doch entscheidenden Punkt sofort zur Tat zu schreiten. Die französische Regierung schlägt vor, die Gesamtheit der französisch-deutschen Kohle- und Stahlproduktion unter eine gemeinsame Hohe Behörde zu stellen, in einer Organisation, die den anderen europäischen Ländern zum Beitritt offensteht.

Die Zusammenlegung der Kohle- und Stahlproduktion wird sofort die Schaffung gemeinsamer Grundlagen für die wirtschaftliche Entwicklung sichern – die erste Etappe der europäischen Föderation –

und die Bestimmung jener Gebiete ändern, die lange Zeit der Herstellung von Waffen gewidmet waren, deren sicherste Opfer sie gewesen sind. Die Solidarität der Produktion, die so geschaffen wird, wird bekunden, dass jeder Krieg zwischen Frankreich und Deutschland nicht nur undenkbar, sondern materiell unmöglich ist. Die Schaffung dieser mächtigen Produktionsgemeinschaft, die allen Ländern offensteht, die daran teilnehmen wollen, mit dem Zweck, allen Ländern, die sie umfasst, die notwendigen Grundstoffe für ihre industrielle Produktion zu gleichen Bedingungen zu liefern, wird die realen Fundamente zu ihrer wirtschaftlichen Vereinigung legen. Diese Produktion wird der gesamten Welt ohne Unterschied und Ausnahme zur Verfügung gestellt werden, um zur Hebung des Lebensstandards und zur Förderung der Werke des Friedens beizutragen. Europa wird dann mit vermehrten Mitteln die Verwirklichung einer seiner wesentlichsten Aufgaben verfolgen können: die Entwicklung des afrikanischen Erdteils.

So wird einfach und rasch die Zusammenfassung der Interessen verwirklicht, die für die Schaffung einer Wirtschaftsgemeinschaft unerlässlich ist und das Ferment einer weiteren und tieferen Gemeinschaft der Länder einschließt, die lange Zeit durch blutige Fehden getrennt waren.

Durch Zusammenlegung der Grundindustrien und die Errichtung einer neuen Hohen Behörde, deren Entscheidungen für Frankreich, Deutschland und die anderen teilnehmenden Länder bindend sein werden, wird dieser Vorschlag den ersten Grundstein einer europäischen Föderation bilden, die zur Bewahrung des Friedens unerlässlich ist. Europa wird mit mehr Mitteln die Verwirklichung einer seiner zentralen Aufgaben fortsetzen können : die Entwicklung des afrikanischen Kontinents

Um die Verwirklichung der so umrissenen Ziele zu betreiben, ist die französische Regierung bereit, Verhandlungen auf folgenden Grund-

lagen aufzunehmen. Die der gemeinsamen Hohen Behörde übertragenen Aufgaben werden sein, in kürzester Frist sicherzustellen:

- ⇒ die Modernisierung der Produktion und die Verbesserung der Qualität,
- ⇒ die Lieferung von Stahl und Kohle auf dem französischen und deutschen Markt sowie auf dem aller beteiligten Länder zu den gleichen Bedingungen,
- ⇒ die Entwicklung der gemeinsamen Ausfuhr nach den anderen Ländern
- ⇒ den Ausgleich im Fortschritt der Lebensbedingungen der Arbeiterschaft dieser Industrien.

Um diese Ziele zu erreichen, müssen in Anbetracht der sehr verschiedenen Produktionsbedingungen, in denen sich die beteiligten Länder tatsächlich befinden, vorübergehend gewisse Vorkehrungen getroffen werden, und zwar: die Anwendung eines Produktions- und Investitionsplanes, die Einrichtung von Preisausgleichmechanismen und die Bildung eines Konvertierbarkeits-Fonds, der die Rationalisierung der Produktion erleichtert.

Die Ein- und Ausfuhr von Kohle und Stahl zwischen den Teilnehmerländern wird sofort von aller Zollpflicht befreit und darf nicht nach verschiedenen Frachttarifen behandelt werden. Nach und nach werden sich so die Bedingungen herausbilden, die dann von selbst die rationellste Verteilung der Produktion auf dem höchsten Leistungsniveau gewährleisten. Im Gegensatz zu einem internationalen Kartell, das nach einer Aufteilung und Ausbeutung der nationalen Märkte durch einschränkende Praktiken die Aufrechterhaltung hoher Profite anstrebt, wird die geplante Organisation die Verschmelzung der Märkte und die Ausdehnung der Produktion gewährleisten. Die Grundsätze und wesentlichen Vertragspunkte, die hiermit umrissen sind, sollen Gegenstand eines Vertrages werden, der von den Staaten unterzeichnet und durch die Parlamente ratifiziert wird.

Die Verhandlungen, die zur Ausarbeitung der Ausführungsbestimmungen unerlässlich sind, werden mithilfe eines Schiedsrichters geführt werden, der durch ein gemeinsames Abkommen ernannt wird. Dieser Schiedsrichter wird darüber zu wachen haben, dass die Abkommen den Grundsätzen entsprechen, und hat im Falle eines unausgleichbaren Gegensatzes die endgültige Lösung zu bestimmen, die dann angenommen werden wird.

Die gemeinsame Hohe Behörde, die mit der Funktion der ganzen Verwaltung betraut ist, wird sich aus unabhängigen Persönlichkeiten zusammensetzen, die auf paritätischer Grundlage von den Regierungen ernannt werden. Durch ein gemeinsames Abkommen wird von den Regierungen ein Präsident gewählt, dessen Entscheidungen in Frankreich, in Deutschland und in anderen Teilnehmerländern bindend sind. Geeignete Vorkehrungen werden Einspruchsmöglichkeiten gegen die Entscheidungen der Hohen Behörde gewährleisten. Ein Vertreter der Vereinten Nationen bei dieser Behörde wird damit beauftragt, zweimal jährlich einen öffentlichen Bericht an die Organisationen der Vereinten Nationen zu erstatten, der über die Tätigkeit des neuen Organismus, besonders was die Wahrung seiner friedlichen Ziele betrifft, Rechenschaft gibt.

Die Einrichtung einer Hohen Behörde präjudiziert in keiner Weise die Frage des Eigentums an den Betrieben. In Erfüllung ihrer Aufgabe wird die gemeinsame Hohe Behörde die Vollmacht berücksichtigen, die der internationalen Ruhr-Behörde übertragen sind, ebenso wie die Verpflichtungen jeder Art, die Deutschland auferlegt sind, solange diese bestehen.

*Robert Schuman
Ministre des Affaires Etrangères
9 mai 1950, Quai d'Orsay
Salons de l'Horloge, Paris*

Bereits erschienen:

Die Europäische Einigung und die Religionen
Dokumentation einer Tagung in Brüssel (1995)

Euro und Europa - Die politischen und sozialen Implikationen der Währungsunion aus christlicher Sicht
Dokumentation des ersten Sozialkongress der COMECE (1998)

Zukunft der Demokratie - Herausforderung für Gesellschaft und Kirche
Dokumentation der 2. Herbstakademie in Leuven (1998)

Wahrheit, Erinnerung und Solidarität : Schlüssel zu Frieden und Versöhnung
Stellungnahme der Bischöfe der ComECE (1999)

Die Kirche und die Gegenwartskultur - Überlegungen zu einer Ekklesiologie für das Europa von heute
Dokumentation der Sommeruniversität der ComECE in Souvigny (1999)

Europas Verantwortung für globale Entwicklung - Märkte und Institutionen nach Seattle
Dokumentation des 2. Sozialkongress der COMECE (2000)

Hyper-Links nach Europa - Auf der Suche nach Übergängen von der Vergangenheit zur Gegenwart, von der Nation zur kontinentalen Gemeinschaft
Dokumentation der Sommeruniversität in Villa Vigoni (2000)

Eine standfeste Währungsunion : Hoffnung auf ein solidarisches Europa mit Perspektive
Stellungnahme der Bischöfe der ComECE (2000)

Global Governance - Unsere Verantwortung, Globalisierung zu einer Chance für alle werden zu lassen
Ein Bericht an die Bischöfe der COMECE (2001)

Islam en Europe - Législation relative aux Communautés Musulmanes, projets islamiques pour un contrat culturel avec l'Etat
Rechtsquellen und Projekte zum Verhältnis von Islam und Staat in Europa (2001)

Eine Aufgabe für die christliche Soziallehre
Dokument der COMECE Arbeitsgruppe Soziales (2001)

Im Bewusstsein seiner Verantwortung gegenüber der Welt und seinen Bürgern : Herausforderungen für ein vereintes Europa
Dokumentation der Akademischen Tagung in Lille (2002)

Amérique Latine et Union Européenne : Ensemble pour le bien commun universel – Contribution de l'Église
Dokumentation des 3. Sozialkongress der COMECE (2002)

Borders: Drawing borders, crossing borders and peaceful co-existence
Dokumentation der Sommeruniversität in Celje (2002)

Verantwortliche Biomedizinforschung - Eine Herausforderung für Europa
Dokumentation der Reflexionsgruppe Bioethik (2002)

Global Governance Assessment 2003
Ein Bericht an die Bischöfe der COMECE (2003)

Eine Familienstrategie für die europäische Union : Ein Anstoß, die *Familie* zu einer EU-Priorität zu machen (2004)

Solidarität ist die Seele der Europäischen Union
Stellungnahme der Bischöfe der ComECE (2004)

Global Governance Assessment 2004
Ein Bericht an die Bischöfe der COMECE (2004)

The Europeanisation of the European Union: the Search for a common European heritage
Dokumentation der Sommeruniversität in Léanyfalú (2004)